



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Zur Regierungserklärung des  
Ministerpräsidenten

Bayerisches Streichkonzert im  
Überblick

Das Mitarbeitergespräch

Lehrerbildung in Europa

Förderschulen – Exoten im  
beruflichen Schulwesen

*Der VLB wünscht seinen Mitgliedern,  
Freunden und Gönnern  
ein friedvolles Weihnachtsfest  
und einen geruhsamen Jahreswechsel.*



## HERAUSGEBER

Herrmann Sauerwein, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (0 89) 59 52 70  
Telefax: (0 89) 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
e-mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (09 31) 70 76 91  
Telefax: (09 31) 70 76 91  
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: (09 31) 66 14 15  
Telefax: (09 31) 6 60 72 91  
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (0 89) 59 52 70  
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

Gunter Czerny  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: (09 31) 4 52 09 90  
Telefax: (09 31) 4 52 75 98  
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (09 11) 9 54 78-0  
Telefax: (09 11) 54 24 86

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 02: 2004-01-12  
für Heft 03-04: 2004-02-09  
für Heft 05: 2004-03-29

ISSN 0942 – 6930

## Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Anmerkungen zur Regierungserklärung

## Bildungspolitik

- 4 Reaktionen rund um die Regierungserklärung  
Pressemitteilung der abl  
5 Pressemitteilung des VLB  
Pressegespräch der CSU-Landtagsfraktion  
6 Massive Proteste der Lehrerverbände zeigen Wirkung  
7 Armin Ulbrich: Bericht von der arge-alp-Tagung in Bozen  
8 Bildungspolitische Splitter

## Dienstrecht

- 9 VLB und BBB um Schadensbegrenzung bemüht  
BBB: Bayerische Streichkonzerte  
10 BBB bei Ministerpräsident Stoiber:  
Keine Arbeitszeiterhöhung zum ersten Januar  
11 Pressemitteilung der Landesverbände im BBB:  
Protest gegen Arbeitszeiterhöhung  
Neuwahl bei Deutschem Beamtenbund  
12 Wolfgang Lambl: Das Mitarbeitergespräch

## VLB-Initiativen

- 14 Schriftverkehr des VLB mit der Staatsregierung

## Lehrerbildung

- 14 Heiko Pohlmann: Lehrerbildung im europäischen Hochschulraum  
Statistisches Bundesamt: Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit rückläufig

## Die Lehrerseite

- 17 Peter Thiel: Bruno oder die Wirkung des Übertragungsphänomens

## Pädagogik und Unterricht

- 20 E. Bräunig/K. Brosig: Die Förderberufsschulen –  
die Exoten im beruflichen Schulwesen

## Aus dem Verbandsleben

### Bezirks- und Kreisverbände

- 23 BV Oberpfalz, BV Oberbayern, KV Würzburg

### Referate und Fachgruppen

- 25 Fachtagung des Kaufmännisch-verwaltenden Bereichs:  
Nachlese zu den Arbeitskreisen

### Studenten

- 31 Stefan Weinzierl: Es gibt ihn noch – den Lehrernachwuchs

- 32 **Senioren**

- 35 **Personalien**

## Umschau

### Kommunale Schulen

- 37 Dr. Siegfried Hummelsberger: Ausverkauf des Münchner  
beruflichen Schulwesens?!

- 38 **Leser schreiben**

- 39 **Für Sie persönlich**

Titelfoto: Peter Thiel

# Anmerkungen zur Regierungserklärung

**PETER THIEL**

In seiner Regierungserklärung zeigte Ministerpräsident Stoiber kürzlich auf, wo und wie der Gürtel im Freistaat künftig enger geschnallt werde. Pauschal geht es dabei um eine zehnprozentige Einsparquote. Dass er damit nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen würde, war dem Ministerpräsidenten vermutlich vorher schon klar. Eine Zweidrittelmehrheit im Rücken jedoch gibt entsprechenden Handlungsspielraum.

Generell ist es nachvollziehbar, wenn Stoiber meint, „den aufgezeigten unbequemen Weg im Hinblick auf unsere Kinder und Enkel beschreiten zu müssen“. Bei der Beurteilung der Großwetterlage besteht wohl auch weitestgehend Konsens. Die Frage ist nur, wie die Lasten verteilt werden. Und da sind aus der Sicht des VLB einige Anmerkungen angebracht.

Zu den „eher erfreulichen“ Aspekten der Regierungserklärung gehört die Tatsache, dass Bildung und Schule Vorfahrt erhalten. Deren Priorität (Sparquote nur noch 2,5%) kam in der Regierungserklärung mehrfach zum Ausdruck: „Wir investieren in exzellente Bildung auf internationalem Niveau“, sagte Stoiber. „Bayern soll mit seinen Schulen in zehn Jahren unter den ersten fünf Spitzenländern der Weltrangliste stehen“.

Ein ehrgeiziger Vorsatz, zu dessen Umsetzung die Staatsregierung – angesichts der aktuellen Kassenlage sowie im Kontext mit der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst – u. a. auf ein stärkeres Lehrer-Engagement baut. Die Lehrer an beruflichen Schulen aber fragen: Auf ein noch stärkeres? Kann man ihnen überhaupt noch etwas draufsatteln ohne den Bogen zu überspannen? Der VLB mahnt zur Vorsicht: Eine weitere Mehrbelastung dieser Lehrergruppe könnte sehr leicht zum Bumerang werden. Die Lehrkräfte beruflicher Schulen fahren

seit Jahren „vollgas“, und es ist nicht außergewöhnlich, dass ein ständig überforderter Motor mal stehen bleibt. Den Bildungsabsichten der Staatsregierung und dem Wirtschaftsstandort jedenfalls wäre kaum gedient, wenn mehr und mehr unserer Kolleginnen und Kollegen vom Arzt aus dem Verkehr gezogen würden. Solche Befürchtungen sind keine Schwarzmalereien, sie haben einen realen Hintergrund. Arbeitsmedizinische Untersuchungen belegen es hinlänglich.

Wie keine andere Lehrergruppe stehen die Lehrer an beruflichen Schulen seit eh und je unter einem außergewöhnlichen Innovationsdruck. Die in immer kürzeren Intervallen ablaufenden Veränderungen beim Dualpartner müssen von ihnen in vollem Umfang aufgefangen werden. Gleichzeitig steht und fällt das duale System mit der Berufsschule. Die insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben zurückgefahrenen Ausbildungsinitiativen bleiben an der Schule hängen, weil sie die jungen Leute im Hinblick auf die Abschlussprüfungen nicht im Regen stehen lassen kann. U. a. deshalb leisten die Lehrkräfte beruflicher Schulen oft schon weit mehr als es auf dem Papier steht.

Wir müssen weitere Belastungsfaktoren – z. B. stark heterogene und übervolle Klassen und zunehmend schwieriger Schüler – hier nicht eigens kommentieren, die Problemlage ist hinlänglich bekannt. Fest steht jedoch, dass es nicht Lustlosigkeit und mangelnde Dienstbereitschaft sind, die zum verfrühten Ausscheiden von Kolleginnen und Kollegen führen, sondern handfester Verschleiß, der in psychosomatischen Krankheitsbildern zum Ausdruck kommt. Aus solchen Erkenntnissen sollte die Staatsregierung die richtigen Schlüsse ziehen.

In seinem Bestreben, „die Schule noch mehr als bisher zu einem Lern- und Lebensraum für Schüler, Lehrer

und Eltern zu machen“, forderte der Ministerpräsident von den Lehrkräften, dass sie künftig „grundsätzlich an zwei Nachmittagen pro Woche an der Schule zur Verfügung stehen“. Für die Lehrkräfte beruflicher Schulen sind Nachmittagsunterricht und Nachmittagsaktivitäten seit Jahr und Tag selbstverständlich. An den Nachmittagen finden – sofern unterrichtsfrei – die für das duale System typischen Kontakte mit den Ausbildungsbetrieben, schulinterne Fortbildung sowie die oft sehr geräteintensive Unterrichtsvorbereitung statt. Die von der Staatsregierung angeordnete Präsenzpflicht könnte also leicht zum Schuß in den Ofen werden, wenn sich die Lehrkräfte tatsächlich an die vorgegebene Präsenz halten. Im Übrigen wird mit der pauschal formulierten Forderung in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als bedürfe es erst der harten Hand des Staates, um die Lehrer nachmittags an den Arbeitsplatz zu zitieren. Dies ist dem beklagten angeschlagenen Lehrerrimage alles andere als zuträglich. An dessen Verbesserung wollte die Staatsregierung ja eigentlich mitwirken.

Schließlich noch ein positiver Aspekt aus der Regierungserklärung: Stoiber möchte u. a. die Schulverwaltung verschlanken. Der VLB begrüßt dies und zwar deshalb, weil er den bestehenden Modus der Schulaufsicht als hinderlich betrachtet. Die Berufs- und Berufsfachschulen werden derzeit bekanntlich von den Bezirksregierungen beaufsichtigt, die weiterführenden Schulen hingegen durch Ministerialbeauftragte und damit vom Ministerium unmittelbar. Angesichts einer zeitgemäßen Schulentwicklung und der Bildung von Kompetenzzentren mit vertikaler Gliederung ist dieser Zustand untragbar. Die unvermeidlich auftretenden Kompetenzüberschneidungen führen zwangsläufig zu Mißverständnissen. Die zu deren Bereinigung notwendige Energie wäre besser in pädagogische Anliegen investiert. Deshalb favorisiert der VLB eine für alle beruflichen Schulen einheitliche Aufsicht. <

# Reaktionen rund um die Regierungserklärung

Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl), 4. November 2003:

## Appell an die Staatsregierung: Nicht an der Bildung sparen

Im Vorfeld der Regierungserklärung von Ministerpräsident Edmund Stoiber hat die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Lehrerverbände (abl) einen dringenden Appell an die Staatsregierung gerichtet, im Bildungs- und Schulbereich keine Einsparungen vorzunehmen und keine weiteren Belastungen für Lehrer vorzusehen.

Der amtierende abl-Sprecher **Bernhard Buckenleib (KEG)** erinnerte daran, dass die Regierungspartei im Wahlkampf neue und verstärkte Investitionen des Freistaats für die Bildung versprochen und auch der Ministerpräsident nach der Kabinettsklausur in Seeon bekräftigt habe, dass der Bildungsbereich zu den „Ausnahmen von den Sparbeschlüssen“ zähle. Buckenleib betonte dazu: „Was vor den Wahlen angekündigt wurde, muss auch nach den Wahlen gelten. Die Einigkeit aller Politiker nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse, der Bildung höchste Priorität einzuräumen, darf auf keinen Fall angesichts der aktuellen Finanznot gleich wieder aufgekündigt werden.“ Anderenfalls befürchte die abl deutliche Abstriche bei der Bildungsqualität. Einsparungen im Schulbereich, seien es nun Stellenstreichungen, Unterrichtskürzungen, Arbeitszeiterhöhungen oder auch Kürzungen bei der Ausstattung von Schulen wirkten sich immer mehr oder weniger zeitversetzt auf die Bildungsqualität und damit auf die Zukunftschancen der jungen Menschen aus, sagte der abl-Sprecher und erinnerte daran, dass die öffentlichen Bildungsinvestitionen in Deutschland, aber auch bezogen auf Bayern, unter dem OECD-Durchschnitt lägen.

### Gegen starre Präsenzpflicht-Regelungen

Einen Verlust an Bildungsqualität befürchtet abl-Präsidiumsmitglied und **Philologenverbandsvorsitzender Max Schmidt**, falls den Schulen und Lehrern starre Präsenzpflichtregelungen übergestülpt würden. Wörtlich sagte er: „Alle neueren Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudien wie die von Mummert & Partner, Peinelt oder Schaarschmidt haben einheitlich festgestellt, dass deutsche und bayerische Lehrer überdurchschnittlich belastet sind. Der konstatierte Arbeitsaufwand von über 1900 Jahreswochenstunden liegt um über 400 Stunden höher als die durchschnittliche Arbeitszeit eines deutschen Arbeitnehmers. Auch im internationalen Vergleich befinden sich deutsche Lehrerarbeitszeiten mit an der Spitze. Durch eine Ausweitung der Unterrichtszeit oder zusätzliche Präsenzzeiten, in denen Lehrer neue Betreuungs- und Förderaufgaben übernehmen müssten, ohne dass andere Aufgaben reduziert oder gestrichen werden, würde die Belastungsgrenze eindeutig überschritten.“ Wer den Schulen und den Lehrern neue Aufgaben zuweise, müsse auch sagen, welche bisherigen Tätigkeiten wegfallen könnten. Als problematisch sieht Max Schmidt allerdings Vorschläge an, die eine nochmalige Reduktion der Schulaufgabenzahl empfehlen. Er verwies darauf, dass dies letztlich darauf hinauslaufe, dass das Kerngeschäft des Unterrichts zurückgefahren und reduziert würde zu Gunsten zusätzlicher Betreuungsangebote. „Das kann wohl nicht der Weisheit letzter Schluss sein“, sagte er dazu.

Ausdrücklich warnte er vor Überlegungen, durch die Streichung eines

Gymnasialjahres Mittel einzusparen: „Jeder, der rechnen kann, weiß, dass die Einführung des achtjährigen Gymnasiums zunächst Hunderte von zusätzlichen Planstellen erfordern würde, weil das stundenverdichtete achtjährige Gymnasium und das auslaufende neunjährige Gymnasium acht Jahre lang parallel laufen/bestehen würden. Zudem litte die Bildungsqualität, die Abiturienten aus achtjährigen Gymnasien scheiterten bei den Abschlussexamina an den Universitäten deutlich häufiger als ihre bayerischen Kommilitonen. Diese kritische Haltung werde auch von der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern (LEV) sowie Schülervertretern geteilt.“

### Erinnerung an das Konnexitätsprinzip

Die Lehrerverbände wehrten sich nicht dagegen, dass Lehrer auch an Nachmittagen für Eltern und Schüler ansprechbar sein müssten, sagte abl-Präsidiumsmitglied **Peter Peltzer, Vorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbands**. Er bekräftigte: „Schon jetzt gibt es kaum einen Nachmittag, an dem an Schulen keine Unterrichtsangebote, keine Wahlkurse, keine Arbeitsgemeinschaften und Projekte stattfinden, d. h. schon jetzt sind Lehrer an mindestens einem Nachmittag, viele an mehreren Nachmittagen in der Schule präsent. Außer in den Vormittagssprechstunden sind sie auch während dieser Zeiten für Eltern und Schüler ansprechbar. Ausdrücklich wandte er sich aber gegen starre Regelungen, zumal weder die Frage ausreichender Schularbeitsplätze für Lehrer noch die Probleme der Mittagversorgung und des Schulwegtransports zu betreuender Schüler gelöst seien. Hier seien nach dem Konnexitätsprinzip auch die Kommunen als Sachaufwandsträger zu hören. „Ich habe den Eindruck, dass hier wieder einmal der letzte vor dem ersten Schritt getan werden soll“, ergänzte Peltzer.“

### Neue Belastungen verstärken Lehrermangel

Abl-Präsidiumsmitglied und **VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein** erinnerte angesichts der derzeit diskutierten zusätzlichen Belastungen für Lehrer

und Schulen daran, dass es schon jetzt kaum mehr gelinge, genügend Lehrernachwuchs zu bekommen. Er betonte: „Wir steuern auf einen massiven Lehrermangel zu, wie erst letzte Woche die Kultusministerkonferenz dokumentiert hat. Der Lehrerberuf ist für sehr viele junge Menschen unattraktiv geworden. Starre Präsenzpflichtzeiten an mehreren Nachmittagen würden mit Sicherheit zukünftig auch noch die teilzeitbeschäftigten Frauen vom Lehrerberuf abschrecken, die man damit geworben hat, dass sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren könnten. Sieht so die Familienfreundlichkeit der Politik aus?“

### PISA-Spitzenplatz Bayern gefährdet?

Abschließend richtete der abl-Sprecher **Bernhard Buckenleib** an die Staatsregierung den dringenden Appell, die bisherigen Erfolge bayerischer Bildungspolitik nicht durch Einsparungen und Verschlechterungen im Schulbereich auf's Spiel zu setzen. „Wer die Bildungsqualität erhalten und steigern will, darf nicht an der Bildung sparen, er darf aber auch nicht Lehrer durch immer neue Belastungen und offene oder verdeckte Arbeitszeiterhöhungen frustrieren, demotivieren und überfordern“, betonte Buckenleib.

Dies zeige das Beispiel der Bundesländer, in denen jahre- und jahrzehntelang schulische Reformen gegen und nicht mit den Lehrern umgesetzt worden seien. Diese Bundesländer seien bei PISA allesamt ganz hinten gelandet, fügte er an.

Er warnte auch die verantwortlichen Politiker davor, bei der Durchsetzung etwa der Präsenzzeiten auf Anti-Lehrer-Ressentiments und Populismus zu setzen. „Dadurch kann man zwar manche Meinungsumfrage oder auch Wahlen gewinnen, Verlierer werden aber auf Dauer die Schulen und die Bildungsqualität sein. In diesem Punkt hat uns der PISA-Sieger viel voraus: Nicht nur in den Schülerleistungen, sondern auch in der politischen wie gesellschaftlichen Wertschätzung der Lehrerschaft und ihrer Arbeit liegt Finnland ganz vorne.“

*Verantwortlich: H.-P. Meidinger*

### Pressemitteilung des VLB, 6. November 2003:

## VLB warnt vor „Schuss in den Ofen“

Auf große Zustimmung stößt beim VLB Stoibers Absicht, auch in dieser Legislaturperiode dem Thema Bildung absolute Priorität einzuräumen.

In seiner Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident zwar gesagt, dass Bayerns Beamte künftig 42 Wochenstunden Arbeitszeit abzuleisten haben, gleichzeitig aber eine Unterrichtspflichtzeiterhöhung für die Lehrer nicht angesprochen.

Der VLB kann durchaus nachvollziehen, dass die Staatsregierung angesichts der prekären Wirtschaftslage zu energischen Schritten greift, macht aber gleichzeitig deutlich, dass die Arbeitsbelastung der Lehrer nicht mehr steigerbar ist.

Zum einen stehen die Lehrer an beruflichen Schulen unter einem ständigen Innovationsdruck im Zusammenhang mit den rasanten Veränderungen in der Wirtschaft, zum anderen haben auch sie vermehrt mit übervollen, heterogenen Klassen (Hauptschüler, Realschüler, Gymnasiasten und Umschüler

in einer Fachklasse) und zunehmend problematischen Schülern zu tun.

Für die Lehrer an beruflichen Schulen ist der Nachmittagsunterricht seit Jahr und Tag eine Selbstverständlichkeit. Außerdem finden an den wenigen unterrichtsfreien Nachmittagen die für das duale Ausbildungssystem typischen Kontakte mit den Ausbildungsbetrieben sowie Fortbildungsveranstaltungen statt. Auch Elternkontakte sind für unsere Lehrer an der Tagesordnung.

Die von der Staatsregierung angeordnete Präsenzpflicht für zwei Nachmittage könnte deshalb an den beruflichen Schulen zum Schuss in den Ofen werden. Deren Lehrer würden nämlich dann tatsächlich nur noch zwei statt wie bisher vier bis fünf Nachmittage im Einsatz sein.

Der VLB erwartet also eine differenzierte Lösung für die verschiedenen Schularten. Man kann die unterschiedlichen Schulprofile nicht über einen Leisten scheren. <

### Pressegespräch der CSU-Landtagsfraktion:

## Schul- und Bildungspolitik, ein anerkanntes Schwerpunktthema

Unter dem Motto „Schwerpunkte der Schulpolitik“ trat MdL Siegfried Schneider (CSU) als neuer Vorsitzender des Landtagsausschusses für Jugend, Bildung und Sport Mitte November erstmalig vor die Presse.

In seinem Statement bezeichnete er die Schul- und Bildungspolitik als ein seit Jahren in der CSU-Landtagsfraktion anerkanntes Schwerpunktthema und begrüßte die Zielvorgabe von Ministerpräsident Stoiber, die bayerischen Schulen in den nächsten zehn Jahren „unter die ersten Fünf der Weltrangliste“ zu führen. Bei aller Absicht zur Leistungssteigerung aber müsse im Mittelpunkt der bildungspolitischen Bestrebungen

das Wohl des Kindes, meinte Schneider.

### Dauerbrenner PISA

Als Konsequenzen aus der PISA-Studie nannte der Ausschuss-Vorsitzende folgende Schwerpunkte:

- Förderung vorschulischen Lernens,
- Wahrung der hohen Qualität des bayerischen Bildungswesens,
- Erweiterung der Maßnahmen zur individuellen Förderung,
- Stärkung der diagnostischen Kompetenz von Lehrkräften,
- Evaluierung verbindlicher Ziele und Qualitätsstandards in Schulen
- und Erweiterung der Eigenverantwortlichkeit vom Schulen.

### Begabungen frühzeitig fördern ...

Die CSU-Landtagsfraktion unterstütze das Ziel der Staatsregierung, Begabungen und Talente durch eine rechtzeitige Einschulung frühestmöglich zu fördern. Eine vorverlegte Einschulung setze jedoch eine Reihe von begleitenden Maßnahmen voraus, so z.B. die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen, eine entsprechende Diagnosekompetenz bei beiden Institutionen, die Abstimmung zwischen deren didaktischen Konzeptionen oder verbesserte Möglichkeiten der Grundschule zur individuellen Förderung.

### ... und die Gymnasialzeit verkürzen

Auch einer auf acht Jahre verkürzten Gymnasialzeit stimmte Schneider zu. Nach Auffassung der Staatsregierung ermögliche sie einen früheren Einstieg ins Berufsleben und biete den Abiturienten im europäischen Raum mehr Chancengleichheit.

Um die hohe Qualität des bayerischen Gymnasiums zu erhalten, müsse bei der Verkürzung der Gymnasialzeit ein schlüssiges Konzept für die Jahrgangsstufen 5 bis 12 geschaffen werden. Dazu reiche es nicht, die Lehrpläne zu überarbeiten. Einfließen in das neue Konzept müssen auch zeitgemäße Erkenntnisse der Neurobiologie und Lernpsychologie; unverzichtbar sei außerdem ein bestimmtes Angebot an Vertiefungs- und Intensivierungsstunden.

### Modellversuche für die Nachmittagspräsenz

Die von Ministerpräsident Stoiber postulierten Nachmittags-Präsenzstunden müssen für Lehrer aller Schularten gelten. Sie bieten Ansprechmöglichkeiten für Eltern und Schüler, erweitern die Basis für Kooperation („der Abstimmungsbedarf unter den Lehrern ist groß“) und Fortbildung innerhalb des Kollegiums, wirken sich wohltuend auf die Schulentwicklung aus und lassen vermehrt Fördermaßnahmen zu. Lehrerarbeitszeit sei mehr als Unterrichtspflichtzeit, erklärte Schneider, eine Aussage, welche die bei der Presserunde Anwesenden vermutlich stark in Erstaunen versetzt

haben dürfte! Zunächst sei die Nachmittagspräsenz noch eine Rahmenvorgabe. Nach entsprechenden Modellversuchen werde sie allerdings verpflichtend, wobei auf Teilzeitlehrkräfte entsprechend Rücksicht zu nehmen sei.

Nachmittägliche Fördermaßnahmen gelten in jedem Fall weiterhin als Bestandteil der Unterrichtspflichtzeit.

### Nicht mit der Rasenmähermethode vorgehen

„Wenn der öffentliche Dienst Mehrarbeit leistet, kann dies am Lehrerberuf nicht vorbeigehen“, sagte Schneider, räumte aber ein, dass man in manchen Fällen auf die Unterrichtszeit nichts mehr draufpacken könne. Man werde dabei sehr stark differenziert und nicht nach der Rasenmähermethode vorgehen müssen.

### Die Leitungskompetenzen fördern

Hinsichtlich der Schulverwaltung wies Schneider auf die in der Regie-

rungserklärung genannten Absichten zur Verschlankung. Grundsätzlich wolle man sich auf drei Stufen beschränken. Als wichtiges Anliegen nannte er die Förderung der Schulleitungskompetenz. „Ein guter Lehrer ist nicht zwingend auch ein guter Schulleiter“, erklärte der Ausschussvorsitzende.

### In Kreuth wird's konkret

Das bei der Presserunde angesprochene Bündel von Maßnahmen und konkreten Schritten werde im Rahmen einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth im Januar behandelt werden. Es sei vermutlich aber nicht möglich dort alle anstehenden Problemfelder abschließend zu behandeln. Der bei der Pressekonferenz anwesende Vertreter des VLB monierte, dass die berufliche Bildung und deren Schulen während des gesamten Gesprächs ausgeklammert blieben. Schneider berief sich darauf, nur die Themen angesprochen haben zu wollen, welche derzeit für die Presse aktuell sind. -VLB-

## Massive Proteste der Lehrerverbände zeigen Wirkung

Die im Bayerischen Beamtenbund zusammengeschlossenen Lehrerverbände haben sich auf den verschiedenen Entscheidungsebenen massiv gegen die angekündigten Sparmaßnahmen der Staatsregierung gewandt und waren damit durchaus erfolgreich: Die bei der Sitzung des Ministerrats am 25. November beschlossenen Eckpunkte des Sparpakets nämlich sehen für den Kultusbereich eine Einsparung von nur noch 2,5% (statt 10%) des kultusministeriellen Budgets vor.

Den politisch Verantwortlichen ist offenbar endlich klar geworden, dass jegliche gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Weiterentwicklung im Freistaat nur auf der Grundlage einer kontinuierlichen Bildungspolitik auf hohem Niveau möglich ist und dass

ungerechtfertigte Sparmaßnahmen – insbesondere bei der beruflichen Bildung und bei den beruflichen Schulen – unkalkulierbare Risiken für den Standort Bayern zur Folge hätten.

Angesichts der schwierigen Gesamtsituation wird der VLB die vorgesehene Kürzung von 2,5% im Schulbereich akzeptieren müssen. Er erwartet freilich, dass weitere Kahlschläge im Bildungsbereich nicht folgen. -Red-

arge-alp-Tagung in Bozen:

## Bildungspolitisches aus den Mitgliedsländern



**ARMIN ULBRICH**

Neben dem Schwerpunktthema „Die Integration von Behinderten in das berufliche Schulwesen“ und dem sozialen Programm mit den vielen informellen Gesprächen waren die traditionellen Erfahrungsberichte der Delegationen aus den beteiligten Landesverbänden aus Baden-Württemberg, Bayern, Österreich, Schweiz und Südtirol immer schon ein wichtiger Bestandteil der arge-alp-Tagungen. Sie bilden die Grundlage für fruchtbare Diskussionen, sinnvolle Vergleiche der verschiedenen Aktivitäten in den beteiligten Verbänden und stellen somit wertvolle Anregungen für zukünftige Entwicklungen in den verschiedenen Ländern dar. In der Folge nun das Wichtigste aus den Statements der Ländervertreter beim diesjährigen Treffen in Bozen:

### Baden-Württemberg: Trend zu Vollzeitschulen

BLBS-Landesvorsitzender Rolf Dörflinger sprach die fehlenden Ausbildungsplätze für das Schuljahr 2003/2004 an und damit auch die Entwicklung der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg. Insgesamt wurde die duale Ausbildung auf 60% eines Schülerjahrganges in den letzten Jahren heruntergefahren. Besonders das Handwerk habe seine Ausbildung dra-

matisch reduziert, nämlich um rund 10%, berichtete Dörflinger. Durch die Neuordnung der Berufe im Berufsfeld Elektrotechnik gingen die Ausbildungszahlen ebenfalls um ca. 10% zurück. Andererseits fehlen im Bereich der Biotechnik entsprechende Ausbildungsberufe. Die Berufsschulen versuchen durch zusätzliche Angebote, z. B. durch den zusätzlichen Erwerb der Fachhochreife in Verbindung mit einer Ausbildung, die duale Ausbildung attraktiv zu gestalten. Doch letztlich werden in Zukunft die Schülerströme in Richtung beruflicher Vollzeitschulen verschoben. Deshalb gewinnen diese beruflichen Schulen eine immer größere Bedeutung. Über das Erfolgsmodell Technisches Gymnasium und über das Wirtschaftsgymnasium erwerben in Baden-Württemberg immerhin ca. 30% eines Abiturientenjahrganges die volle Hochschulreife. Bedingt durch die demografische Entwicklung (Pensionierungswelle und Schülerberg) fehlen an den beruflichen Schulen Lehrer. Der entsprechende Bedarf kann z. Z. nur durch den Direkteinstieg von Diplom-Ingenieuren und Fachhochschulabsolventen gedeckt werden.

### Bayern: Neue Berufsfachschulen gegründet

VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein wies auf die fehlenden Ausbildungsplätze zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 in Bayern hin und erwähnte, dass die Staatsregierung u.a. auf Vorschlag und Drängen des VLB 35 einjährige Berufsfachschulen (nur bis 2005 genehmigt), zwei staatliche Wirtschaftsschulen mit insgesamt sechs Klassen und mehrere BVJ-Klassen zusätzlich eingerichtet habe. „Wie es im nächsten Jahr aussehen wird, wenn zu den Berufsfachschul-Absolventen die neuen auf den Ausbildungsstellenmarkt drängen, ist noch

nicht absehbar“, sagte Sauerwein. Wahrscheinlich müssen die zunächst als einjährige Maßnahme eingerichteten Berufsfachschulen dann zweijährig oder langfristig sogar dreijährig geführt werden.

Darüber hinaus war im Freistaat eine 20%-ige Zunahme bei den Neuansmeldungen an den Fachoberschulen zu verzeichnen. Mit dem Fachabitur in der Tasche werden diese zusätzlichen Absolventen nach zwei Jahren ebenfalls auf den Ausbildungsstellenmarkt drängen und ihre Berufswünsche mit Hilfe der höheren Qualifikation zu erfüllen versuchen. Zusätzlich müssen die bayerischen Berufsschulen auch noch die integrativen Vorbereitungskurse der Arbeitsämter für den Rest der nicht vermittelten Schüler verkraften.

Zum Schwerpunktthema „Integration von Behinderten“ wurde von Sauerwein festgestellt, dass es in Bayern ein Gesetz zur Integration von Behinderten in das normale Schulwesen gebe, dazu aber noch keine entsprechenden Ausführungsbestimmungen vorlägen.

### Österreich: Basismodule jeweils für mehrere Berufe

Landesschulinspektor Kurt Stockinger berichtete über eine relativ stabile bzw. leicht sinkende Entwicklung bei den Schülerzahlen in Österreich. Trotzdem ist auch dort die Situation am Lehrstellenmarkt dramatisch, denn 8600 Lehrstellensuchenden stehen nur 3100 offene Stellen gegenüber, es herrscht also ein Überhang von 5500 Lehrstellensuchenden.

Neu ist in Österreich die Veränderung der Berufsausbildung. Statt 275 Lehrberufe soll es zukünftig nur noch rund 100 Basismodule geben, welche jeweils für mehrere verwandte Berufe gelten. Die Erstausbildung in den Basis- und Wahlpflichtmodulen soll durch vielfältige Zusatzmodule ergänzt werden, wobei die Ausbildung in den Basismodulen 2 Jahre dauert und eine Spezialisierung in den Wahlpflichtmodulen in ein bis zwei Jahren erfolgt. Danach erst findet die Lehrabschlussprüfung statt. Es soll damit eine umfassende Modernisierung der Berufsausbildung angestoßen werden,

die Vorteile für die Betriebe, für die Jugendlichen und für den gesamten Lehrstellenmarkt bringe.

Die Integration von Behinderten in die Berufsausbildung ist seit 1. September 2003 neu geregelt. Das Ziel sei es, Behinderte besser ins Berufsleben zu integrieren. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Für diejenigen, die grundsätzlich in der Lage sind einen Lehrabschluss zu schaffen, kann die Lehrzeit um ein bis zwei Jahre verlängert werden. Denjenigen, die einen vollen Abschluss nicht schaffen können, werden Teilqualifikationen vermittelt, wobei die Dauer der Ausbildung je nach Ausbildungsinhalten ein bis drei Jahre betragen kann.

Weiterhin führte Kurt Stockinger aus, dass neue Vertragsverhältnisse für Berufsschullehrer eingeführt wurden, und die Lehrerausbildung zukünftig eine Neuorganisation erfahren werde.

### Schweiz: Ein neues Berufsbildungsgesetz

Zentralpräsident Beat Wenger, Verband Berufsbildung Schweiz (Formation professionnelle suisse), erwähnte mit einem gewissen Stolz, dass es ab 2004 in der Schweiz ein neues Berufsbildungsgesetz gebe, welches viele Verbesserungen in der Berufsausbildung bringen werde. Anlass für die Neuorientierung sei u.a. gewesen, dass

in der Schweiz nur ca. 17% der Betriebe im dualen System ausbilden. Das neue Gesetz löse ein reines Subventionsgesetz ab.

### Folgende Ziele sollen mit der Neuregelung erreicht werden:

1. Eine bildungsorientierte Finanzierung,
2. verbindliche Qualitätsstandards,
3. die Integration der Gesundheits-, Sozial- und Kunstberufe sowie der Berufe in der Land- und Forstwirtschaft ins Berufsbildungssystem.

In einer zweijährigen Grundausbildung soll auch für die Lernschwachen durch einen formalen Bildungsabschluss der Einstieg in weiterführende Ausbildungen ermöglichen werden. Innovativ sei dabei auch, dass Prüfungen auf allen Stufen des Bildungssystems und entsprechende Kompetenzbescheinigungen für die Auszubildenden die Lehrgänge für die berufliche Qualifizierung in den beruflichen Schulen steuern sollen. Es handele sich dabei um ein sehr kompliziertes System von formellen und informellen Kompetenzbescheinigungen, welches nach der Meinung der Tagungsteilnehmer zu einer sehr starken Individualisierung der Ausbildung und Beschulung führen werde. Wie dies organisatorisch von den beruflichen Schulen zu leisten ist, blieb offen. <

gen Studienganges entsprechen, sollen sie mit anerkannt werden, heißt es in einer Mitteilung. Dadurch würden die verschiedenen Bildungswege optimiert und der wachsenden Bedeutung der beruflichen Fortbildung Rechnung getragen. Bulmahn regte an, dass die einzelnen Hochschulen mit den Kammern oder Bildungsträgern Vereinbarungen abschließen, um aufwendige Einzelfallprüfungen zu vermeiden.

Wolff bezeichnete ECTS als ein praktikables Instrumentarium, über das sich Ausbildungen in verschiedenen Einrichtungen effizient verbinden ließen. HRK-Präsident Gaetgens betonte, die Autonomie der Hochschulen bei der Festlegung von Studienanforderungen und bei der Äquivalenzprüfung werde ausdrücklich in der Erklärung hervorgehoben. Dies helfe den Hochschulen, ihr Profil zu schärfen.

Als ein längst überfälliges Signal bezeichneten die Juso-Hochschulgruppen die Erklärung. Die erhöhte Durchlässigkeit des Bildungssystems komme besonders Studienanfängern aus bildungsfernen Schichten zugute. „In Zukunft müsse eine abgeschlossene Berufsausbildung die Aufnahme eines Hochschulstudiums ohne weitere Hürden ermöglichen.“ -dpa-

## „Pisa“ für Erwachsene

„Pisa“ für alle – nach der Studie bei Schülern sollen nun in den Industrieländern die Kompetenzen von Erwachsenen getestet werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) plant in den 30 Mitgliedstaaten, die Fähigkeit der Menschen zu untersuchen, Texte zu lesen und zu verstehen sowie Probleme zu lösen. Die Untersuchung soll auch Auskunft geben über die Bereitschaft zum lebenslangen lernen und über das Vermögen, mit anderen im Team zusammenzuarbeiten. <

## Bildungspolitische Splitter:

### Berufsausbildung soll auf Studium angerechnet werden

Außerhalb der Hochschule erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sollen vermehrt im Hochschulstudium anerkannt werden. In einer gemeinsamen Erklärung riefen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Karin Wolff und der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Peter Gaetgens, die Hochschulen auf, zum

Beispiel Prüfungen der beruflichen Fortbildung bei adäquatem akademischem Niveau auf ein Studium anzurechnen.

Hierzu sollen im Rahmen der beruflichen Bildung Leistungspunkte nach dem European Credit Transfer System (ECTS) vergeben werden. Wenn die erworbenen Qualifikationen den Anforderungen des jeweili-

# VLB und BBB um Schadensbegrenzung bemüht

Unser Spitzenverband, der Bayerische Beamtenbund, erstellte in chronologischer Folge eine Liste der Zumutungen, die den Beamten im Freistaat seit einem Jahr abverlangt wurden und fügt hinzu, was noch zu befürchten ist. Die Auflistung steht unter dem Titel

## Bayerische Streichkonzerte

### Dezember-Konzert 2002

Auf Vorschlag der Staatsregierung und der CSU-Fraktion wurden am 12. Dezember 2002 im Bayerischen Landtag folgende Sparmaßnahmen beschlossen:

- Möglichkeit der Beantragung der Altersteilzeit ab 01. Januar 2003 erst mit 60 Jahren (Schwerbehinderte – GdB mindestens 50 – ab 58 Jahren). Auf Initiative des BBB wurden Übergangsregelungen geschaffen, um einige Härtefälle aufzufangen.
- Anhebung der Antragsaltersgrenze von 63 auf 64 Jahre,
- Streichung der beiden AZV-Tage (Umsetzung im Lehrerbereich durch Streichung der Altersermäßigung für 55- bis 57-Jährige und zusätzlich Kürzung der Altersermäßigung um eine Stunde für alle 58- und 59-Jährigen – außer Hauptschullehrer),
- Erhöhung der Selbstbeteiligung für Wahlleistungen bei Klinikaufenthalten ab 01. Juli 2003 (wahlärztliche Leistungen 25 Euro; gesondert berechnete Unterkunft – wie bisher – 14,50 Euro),
- Aussetzung Leistungsstufenverordnung, Wegfall Essenzzuschuss für alle. Der Wegfall des Beihilfeanspruchs für Arbeitnehmer und die Streichung der Jubiläumswendungen wurden in letzter Sekunde verhindert.

### Juli-Konzert 2003

Am 29. Juli 2003 verabschiedete der Ministerrat Eckpunkte zur Beamtenbesoldung in Bayern, die auch von der CSU-Fraktion gebilligt wurden.

*Jährliche Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld)*

Von 2004 bis 2006 soll die folgende Regelung ersetzt werden:

- Aktive bis Besoldungsgruppe A 11 = 70%, ab Besoldungsgruppe A 12 = 65%.
- Pensionisten bis Besoldungsgruppe A 11 = 60%, ab Besoldungsgruppe A 12 = 56%.

*Urlaubsgeld ab 2004*

- Streichung für Beamte ab Besoldungsgruppe A 9, Bis Besoldungsgruppe A 8 verbleibt ein Urlaubsgeld in Höhe von 100 Euro.

*Wiederbesetzungssperre*

Die bisherige neunmonatige Wiederbesetzungssperre wird für von Ende Oktober 2002 bis 31.03.2003 frei gewordene Stellen, die bis 29.07.2003 noch nicht wiederbesetzt wurden, auf 12 Monate längstens jedoch bis 01.01.2004 verlängert.

### November-Konzert 2003

In seiner Regierungserklärung am 06. November 2003 kündigte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber weitere Kürzungen an:

- Erhöhung der Arbeitszeit für den gesamten öffentlichen Dienst auf 42 Stunden. (Zur Erinnerung: Am 12. April 2003 hatte Stoiber in der Süddeutschen Zeitung in einem Interview versichert, dass es in Bayern – im Gegensatz zu Baden-Württemberg – keine Arbeitszeitverlängerung geben wird.)
- Präsenzpflcht für Lehrkräfte an zwei Nachmittagen,
- Abbau von Vollzugsaufgaben und entsprechend Planstellen bei den Ministerien durch
- Rückzug aus allen staatlichen Beratungsaufgaben (Abschaffung der Ernährungsberatung und Beratung für Privatwaldbesitzer),

- Reduktion der Landesplanung,
- Zusammenfassung und Überprüfung der Sonderbehörden (insbesondere von Wasserwirtschaftsämtern, Straßen- und Hochbauämtern, Vermessungsämtern, der Forstverwaltung, der Ämter für Versorgung und Familienförderung, der Gewerbeaufsicht und der Direktionen für ländliche Entwicklung),
- massive Straffung der Polizeiorganisation und Umorganisation auf drei Verwaltungsebenen,
- Umorganisation der Schulverwaltung auf drei Ebenen,
- Zusammenlegung vorhandener Außenstellen mit den Hauptstellen,
- Überprüfung der Landesämter,
- Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts.
- Abbau von Sonderregelungen beim Pensionsalter, z. B. bei Polizei und Justizvollzug
- Ankündigung: „... die Altersteilzeit im gesamten öffentlichen Dienst (muss) noch einmal auf den Prüfstand.“

### Weitere drohende Konzerte

- Im Rahmen der Umsetzung der Gesundheitsreform sind weitere Abstriche bei der Beihilfe zu befürchten. Gegenwärtig werden im Bundesinnenministerium verschiedene Maßnahmen angedacht:
  - Erhöhung von Zuzahlungen,
  - Einführung von Pauschalen (ca. 30 Euro/Jahr/Ehepaar) anstelle einer Praxisgebühr,
  - Ausschluss beihilferechtlicher Leistungen bei Zahnersatz (ab 2005),
  - Streichung des beihilferechtlichen Sterbegeldes,
  - keine Erstattung von Sehhilfen (außer besonders starken, z. B. ab 6 Dpt.),
  - Einschränkung der Wahlleistungen (offen).
- Auch die neuen Renteneinschnitte sollen – laut Aussagen massgeblicher Politiker aller Fraktionen – auf die Beamtenversorgung übertragen werden.
- Im Besoldungsbereich sind die „Spar-Komponisten“ derzeit am ebenfalls „Komponieren“. Nov. 2003

**BBB bei Ministerpräsident Stoiber – ein Gesprächsprotokoll:**

# Keine Arbeitszeiterhöhung zum 1. Januar 2004

In Gesprächen mit Ministerpräsident Stoiber am 18. November bzw. mit den Staatsministern Beckstein, Falthäuser und Huber sowie CSU-Fraktionschef Herrmann in den vergangenen Tagen haben wir überdeutlich die explosive Stimmung an der Basis bezüglich der erneuten Sparmaßnahmen aufgezeigt.

Unsere Gesprächspartner wurden jedoch nicht müde, die „beklagenswerte Situation“ der öffentlichen Haushalte darzustellen, die ihnen „keinerlei Handlungsspielraum“ lasse und zeigten sich eher unbeweglich.

Zusammenfassend können wir Folgendes mitteilen:

## 1. Arbeitszeitverlängerung:

- Es scheint nunmehr festzustehen, dass es – aufgrund unserer aus- und andauernden Überzeugungsarbeit, die auch breiten Niederschlag in

den Medien gefunden hat – zumindest nicht bereits zum 1. Januar 2004 – wie ursprünglich beabsichtigt – zu einer Verlängerung der Arbeitszeit der bayerischen Beamtinnen und Beamten kommen wird. Unsere Gesprächspartner betonten jedoch ausdrücklich, dass an der Absicht festgehalten werde. Ein konkreter Umsetzungszeitpunkt steht aber noch nicht fest.

- Haushaltsmäßig werden vom Finanzministerium aus der Arbeitszeitverlängerung 41 Millionen Euro erwartet.
- Wie die Umsetzung im Lehrer- und Hochschulbereich „wirkungsgleich“ angepasst werden soll, wird derzeit noch diskutiert.
- Ministerpräsident Stoiber hat erklärt, eine Änderung im Beamtenbereich erst dann vorzunehmen, wenn Bewegung im Tarifbereich er-

folgt ist. Er betonte, dass er von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes einen Konsolidierungsbeitrag verlange. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche wurde über das weitere Vorgehen im Tarifbereich keine Einigung erzielt. Weitere Gespräche der Ministerpräsidenten zu dieser Thematik sind für den 27. November 2003 und 18. Dezember 2003 terminiert.

- Vom BBB wurde in allen Gesprächen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass jede Arbeitszeitverlängerung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter demotivierend und mit Blick auf die anstehenden Reformmaßnahmen kontraproduktiv sei.

## 2. Sonderaltersgrenzen

Es gibt es noch keine konkreten Festlegungen, wie eine neue („differenzierte“) Regelung erfolgen soll.

## 3. Sonderzahlungsgesetz

Die offizielle Verbandsanhörung soll bis zum 15. 12. 2003 abgeschlossen sein. Am 23. 12. 2003 ist die endgültige Beschlussfassung im Kabinett vorgesehen. Wir dürfen uns wohl auf ein „angenehmes Weihnachtspräsent“ freuen. In diesem Punkt konnten wir bei unseren Gesprächspartnern keine Bereitschaft zu einem Entgegenkommen erkennen.

## 4. Planstellenabbau / Behördenverlagerungen / Abbau von staatlichen Beratungsaufgaben / Präsenzpflcht für Lehrkräfte

Alle Gesprächspartner betonten – unter Hinweis auf die angespannte Haushaltslage die Notwendigkeit der Maßnahmen. Die Staatsminister Falthäuser und Huber haben zugesagt, den BBB rechtzeitig und umfassend über konkrete Umsetzungspläne zu informieren. <

## Zeigen auch Sie Flagge!

**Der VLB zählt auf Ihre Unterstützung.**

**Werden Sie aktiv und äußern Sie Ihre Meinung (u. a. durch Vorsprache bei den örtlichen Stimmkreisabgeordneten des Bayerischen Landtags, durch Leserbriefe in den Tageszeitungen und durch E-Mails an die Staatskanzlei: [poststelle@stk.bayern.de](mailto:poststelle@stk.bayern.de)**

**Postanschrift: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München**

Pressemitteilung der Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund,  
26. November 2003:

## Gemeinsamer Protest bayerischer Lehrerverbände gegen Arbeitszeiterhöhung

**Verbandsvorsitzende:  
Vertrauen in Zuverlässigkeit der  
bayerischen Politik erschüttert**

Die Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund – der Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV), der Bayerische Philologenverband (bpv), der Bayerische Real- und Schullehrerverband (brlv), die Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern (KEG) und der Verband der Lehrer an Beruflichen Schulen in Bayern (VLB) – wenden sich gemeinsam gegen die von der Staatsregierung angekündigte dritte Verlängerung der Unterrichtspflichtzeit für Lehrerinnen und Lehrer innerhalb von 10 Jahren. Im Anschluss an eine Sitzung in München wiesen die Verbandsvorsitzenden darauf hin, dass die angekündigte Arbeitszeiterhöhung entgegen fester Absprachen mit der Staatsregierung erfolge. Diese hatte zugesichert, während der Laufzeit des 1998 eingerichteten Arbeitszeitkontos keine zusätzlichen Arbeitszeiterhöhungen anzuordnen. Die Gültigkeit dieser Vereinbarung hatte die CSU-Fraktion nach

zwei Monate vor den Landtagswahlen schriftlich bestätigt.

### Forderung nach wissenschaftlicher Untersuchung der Lehrarbeitszeiten in Bayern

Die Vorsitzenden der Lehrerverbände fordern, auf die angekündigten Arbeitszeiterhöhungen zu verzichten. Stattdessen solle der Dienstherr eine wissenschaftlich fundierte, neutrale und objektive Untersuchung der Gesamtarbeitszeit der Lehrerschaft der bayerischen Schularten in Auftrag geben, deren Ergebnisse verbindliche Grundlagen aller weiteren Überlegungen zur Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer sein müsse. Die Lehrervertreter zeigten sich überzeugt, dass damit überdies den populären und imageschädigenden Behauptungen, dass der Lehrerberuf lediglich ein „Halbtagsjob“ sei, ein für allemal der Boden entzogen werde, hätten doch z. T. aus anderen Bundesländern vorliegende Studien bereits erwiesen, dass die Arbeitszeit der Lehrerschaft selbst unter Einrechnung der Ferienzeit mehr als 44 Stunden betrage. <

Dialog mit der Politik aufzunehmen,“ sagte Heesen. Morgens habe Schily dann angerufen und ihm die Sache mit dem Nebel erzählt. Er – Heesen – habe empfohlen mit dem PKW zu kommen, wenn der Hubschrauberflug nicht möglich sei. Darauf ließ sich Schily nicht ein. „Eine gewisse Verspätung hätten wir akzeptiert, da wir großzügig sind, obgleich die Politik mit uns ganz und gar nicht großzügig verfährt“, erklärte Heesen und die Delegierten quittierten es mit anhaltendem Beifall als er dann sehr energisch zum Ausdruck brachte: „So lassen wir uns nicht behandeln.“ Dem Bundesinnenminister habe er erklärt, dass der DBB die geplante öffentliche Veranstaltung noch vor Weihnachten in Berlin nachholen werde. „Und wer dann fehlt, braucht im Leben nicht mehr zum DBB zu kommen“, sagte Heesen. -Lb-

## DBB unter neuer Leitung



Peter Heesen

Mitte November wählte unser Spitzenverband, der Deutsche Beamtenbund eine neue Vorstandschaft. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Bundsvorsitzender: Peter Heesen (Düsseldorf).

Stellvertretende Bundsvorsitzende in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen: Heinz Ossenkamp (Bonn), Dieter Ondracek (Regensburg), Klaus Dauderstädt (Meckenheim), Ilse Schedl (Garmisch-Partenkirchen).

Der VLB gratuliert den Gewählten ganz herzlich und wünscht ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

## Panne im Novembernebel

Beim Gewerkschaftstag des DBB Mitte November in Leipzig gab es eine Panne, die Anlass zu Mißverständnissen bietet. Nahezu alle eingeladenen Spitzenpolitiker nämlich sagten ab. Bundesinnenminister Otto Schily beispielsweise konnte wegen Nebel und einer namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag nicht kommen, Frau Merkel ließ sich wegen der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Fraktions-Ausschluss des Abgeordneten Hohmann kurzfristig entschuldigen

und auch Bundesratspräsident Dieter Althaus und SPD-Fraktionschef Franz Müntefering gaben „gute Gründe“ für ihr spontanes Fernbleiben an. Die Grünen hatten bereits eine Woche vorher abgesagt. Sichtlich betroffen trat der neu gewählte DBB-Vorsitzende Peter Heesen ans Mikrofon und begrüßte als einzigen politischen Gast den parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Ernst Burgbacher. „Für den heutigen Tag war es mein Ziel, den

# Das Mitarbeitergespräch – Was steckt dahinter?



**WOLFGANG LAMBL**

*Ob ein System überlebensfähig ist oder nicht, liegt vor allem an der Art der Kommunikation zwischen seinen Teilen.*  
Frederic Vester

Im Rahmenkonzept des Bayer. Staatsministeriums des Innern zur Neuorganisation der Regierungen, beschlossen am 29.04.1997 durch den Ministerrat, wurde die Einführung des Mitarbeitergesprächs festgelegt. Grundsätzliche Elemente zur Durchführung des Mitarbeitergesprächs enthalten die Rahmenregelungen des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen in der Bekanntmachung vom 28. Mai 1998, StAnz. Nr. 24/98, welche am 4. Oktober 1999 mit einer Bekanntmachung des Kultusministeriums für die staatlichen Schulen in Bayern konkretisiert wurden. Kommunale und private Schulen haben eigene Regelungen.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus beabsichtigt nun bei der Neufassung der dienstlichen Beurteilung die Ergebnisse des Mitarbeitergesprächs als Grundlage für die dienstliche Beurteilung zu verankern.

So lautet der Punkt 4.1.4 des derzeitigen Beurteilungsentwurfes: „Grundlage der dienstlichen Beurteilung sind auch die Ergebnisse des Mitarbeitergesprächs. Die Führung des Mitarbeitergesprächs an den staatlichen Schu-

len ist in der KMBek vom 4. Oktober 1999 (KWMBI I S. 348) geregelt. Es dient der Intensivierung des Dialogs zwischen dem Schulleiter und den Lehrkräften und stellt – unabhängig vom laufenden dienstlichen Geschehen und von aktuellen Anlässen – die individuelle Leistungssituation des Mitarbeiters sowie das Führungsverhalten des Schulleiters in den Mittelpunkt. Das Mitarbeitergespräch soll dem Vorgesetzten helfen, die Probleme, Interessen und das Leistungsvermögen der Mitarbeiter besser kennen und einschätzen zu lernen. Es führt in der Regel zu einer gemeinsamen Vereinbarung über Ziele. Diese können sich auf die Unterrichtsarbeit, auf unterrichtliche Vorhaben, schulbezogene Aktivitäten und auf die eigene berufliche Qualifikation beziehen. In der dienstlichen Beurteilung hat der Beurteilende darauf einzugehen und in die Bewertung einzubeziehen, ob und ggf. inwieweit Zielvorgaben, die im Rahmen des Mitarbeitergesprächs gemacht wurden, eingehalten wurden.“

Auf diesem Hintergrund stellt sich nun für uns als Kolleginnen und Kollegen, als Funktionsträger im Verband und Personalräte die Frage: „Was kann, soll und muss das Mitarbeitergespräch leisten“?

Zur Verdeutlichung noch einmal die wichtigsten Eckpunkte der geltenden Richtlinien für die Durchführung von Mitarbeitergesprächen.

## Was ist / soll das Mitarbeitergespräch?

Es soll ein persönliches, vertrauensvolles und vertrauliches Gespräch mit wechselseitiger Rückmeldung über erlebtes und erwünschtes Verhalten mit einer Diskussion der jeweiligen Zielvorstellungen sein. Weitere vertrauliche Gespräche außerhalb des Mitarbeitergesprächs müssen jederzeit möglich sein

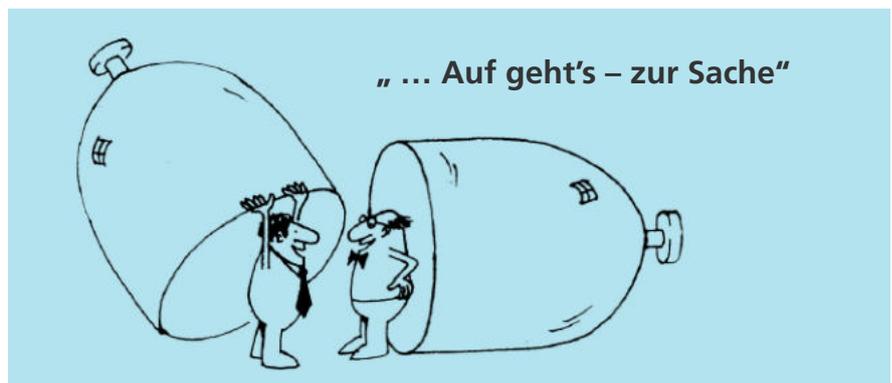
## Wer führt das Mitarbeitergespräch?

Die Initiative für das Zustandekommen des Mitarbeitergesprächs geht grundsätzlich von der Schulleitung aus. Gesprächspartner sind die Schulleiter/Schulleiterin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mitarbeitergespräche sind mit allen Beschäftigten der staatlichen Schulen sowie mit den Beschäftigten zu führen, die dorthin mit dem überwiegenden Teil ihrer Unterrichtspflichtzeit abgeordnet sind.

Ausgenommen sind Lehramtsanwärter und Studienreferendare, mit weniger als einem Viertel der regelmäßigen Unterrichtszeit Beschäftigte, befristete Beschäftigte und für mindestens ein Jahr Beurlaubte. Für Beschäftigte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, finden Mitarbeitergespräche nur auf Verlangen eines Beteiligten statt.

## Wann finden Mitarbeitergespräche statt?

Ein Mitarbeitergespräch ist jeweils im Zeitraum zwischen zwei Regelbeurteilungen zu führen, also alle vier Jahre. Außerdem spätestens zwei Jahre



nach der Probezeit, wenn bis dahin noch keine Beurteilung stattgefunden hat. Weiterhin spätestens vier Jahre nach der letzten Beurteilung und spätestens acht Jahre nach der letzten Beurteilung, wenn der bzw. die Beschäftigte das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Darüber hinaus können Mitarbeitergespräche auch auf Verlangen eines bzw. einer Beteiligten stattfinden.

### Worüber wird gesprochen?

Das Mitarbeitergespräch dient der Intensivierung des Dialogs zwischen Schulleiter und den Beschäftigten. Im Mittelpunkt stehen die individuelle Leistungssituation der Mitarbeiter und das Führungsverhalten der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter. In der Regel führt es zu gemeinsamen Vereinbarungen über Ziele. Diese können sich auf Unterrichtsarbeit, Unterrichtsvorhaben, schulische Aktivitäten und auf die eigene berufliche (Weiter)Qualifikation beziehen. Grundsätzlich kann über alles gesprochen werden, was den Beteiligten wichtig erscheint. Dabei sollten die Bereiche Zusammenarbeit und Führung, dienstliche Verwendbarkeit, Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven im Mittelpunkt stehen.

### Was wird dokumentiert und verwendet?

Es wird über die wesentlichen Ergebnisse eine Niederschrift angefertigt, die beiden Beteiligten ausgehändigt wird. Im Idealfall entsteht eine gemeinsame Stellungnahme über mögliche zukünftige Regelungen für den Umgang miteinander.

Sie könnte Grundlage für weitere Gespräche sein. Einigt man sich nicht über eine Niederschrift, unterschreibt nur der Schulleiter/Schulleiterin und heftet eine Stellungnahme des Beschäftigten bei, in der dieser begründet, warum er nicht unterschreiben will. Die Niederschrift ist streng vertraulich zu behandeln, darf nicht für die dienstliche Beurteilung verwendet oder an Dritte weitergegeben werden.

Sollte ein Gesprächspartner die Dienststelle verlassen (Ruhestand,

Versetzung etc.), wird die Niederschrift vernichtet.

### Was ist die Meinung ihres „Dienstrechtlers“?

Alle Gespräche, die anlassfrei geführt werden und der Verbesserung des Klimas am Arbeitsplatz dienen, sind grundsätzlich zu befürworten.

Das MAG hat für die Partner oft eine heilsame Wirkung. Kommunikation braucht offenbar das Moment einer „Institution“. Kommunikation braucht Nachhaltigkeit. Regelmäßige Vier-Augen-Gespräche kosten aber viel Zeit, wenn man bedenkt, für wie viele Mitarbeiter ein Schulleiter zuständig ist. Diese investierte Kommunikationszeit hat aber auch eine positive Wirkung: Bessere Mitarbeitermotivation, bessere Kooperation, schnellere Verwaltungsabläufe, weniger schwelende oder offene Konflikte, ein besseres „Betriebsklima“. Für eine effektive Handhabung des Mitarbeitergesprächs erscheint es aber nötig, an der Dienststelle Regelungen zu vereinbaren, mit denen alle leben können (z. B. Verzicht auf das MAG durch den Mitarbeiter, in Ausnahmefällen die Hinzuziehung einer dritten, unbeteiligten Person, z. B. des Personalrats, zu dem Gespräch etc.

Der Erfolg eines Mitarbeitergesprächs hängt in besonderer Weise davon ab, ob störende Situationen und störendes Verhalten vermieden werden.

#### Störende Situationen:

- Anwesenheit anderer Personen (z.B. Gespräch im Lehrerzimmer),
- Gespräch zwischen Tür und Angel, auf dem Gang ...,
- Unterbrechen durch Telefonanrufe und andere Personen,
- zu enge zeitliche Begrenzung,
- ungünstige Raumverhältnisse,
- unangenehme Sitzpositionen,
- Entscheidungsdruck von Seiten des Vorgesetzten.

#### Störendes Verhalten:

- Auf die Uhr schauen,
- in Unterlagen blättern,
- fehlender Blickkontakt,

- ablehnender Gesichtsausdruck, ablehnende Körperhaltung,
- auf alles eine Antwort bzw. Lösung wissen,
- nachforschen, nachbohren („Sie müssen mir das schon genau sagen!“),
- bagatellisieren („Das ist doch kein Problem!“),
- trösten („Sie sollten das nicht so schlimm sehen.“),
- interpretieren („Sie haben da bestimmt aus Angst gehandelt.“),
- über eigene Probleme jammern („Ihre Situation kenne ich. Ich habe selbst neulich ...“).

### Ihre Meinung ist uns wichtig!

Gerade in der momentanen Diskussion zur beabsichtigten „Verknüpfung“ des Mitarbeitergesprächs mit der dienstlichen Beurteilung ist es dem VLB wichtig, eine möglichst breit angelegte Meinungsbildung zu imitieren.

Auf Ihre Stellungnahme/Kommentar freuen wir uns:

Kontaktadresse:

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.,  
Wolfgang Lambl, Referent für  
Dienstrecht und Besoldung  
Dachauer Str. 4, 80335 München  
Fax (089) 5 50 44 43  
E-Mail: lambl@vlb-bayern.de

Quellen:

„Einführung des Mitarbeitergesprächs an staatlichen Schulen“, KMBek vom 4. Oktober 1999 (KWMBI. I 1999, S 348)

„Leitfaden für das Mitarbeitergespräch“, AD Jürgen Röhling, Regierung von Unterfranken

„Kommunikation in der Schule“ Lehrerinfo 2/02 des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

**Schreiben der Lehrerverbände  
im Bayerischen Beamtenbund an  
Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber,  
nachrichtlich an die Mitglieder der  
Bayerischen Staatsregierung und der  
CSU-Landtagsfraktion,  
21. November 2003**

*Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,*

*die Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund können nicht akzeptieren, dass im Zuge der angekündigten Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren erhöht werden soll. 1994 wurde – mit Ausnahme bei den Hauptschullehrern die Unterrichtspflichtzeit erhöht und 1998 das sog. „Arbeitszeitkonto“ angeordnet. Durch eine weitere Erhöhung des Pflichtstundenmaßes würde das Vertrauen zwischen Staatsregierung und Lehrerschaft grundlegend erschüttert, insbesondere deshalb, weil zugesichert worden war, dass während der Laufzeit des „Arbeitszeitkontos“ keine weiteren Arbeitszeiterhöhungen erfolgen. Darüber hinaus ist durch mehrere Gutachten eindeutig belegt, dass die Arbeitszeit für Lehrkräfte an bayerischen Schulen unter Einrechnung der Ferienzeiten mehr als 44 Zeitstunden pro Woche beträgt.*

*Eine Mehrfachbelastung durch Arbeitszeitkonto und Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit darf es nicht geben.*

*Die Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund fordern eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung der Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte. Eine solche Studie muss durch den Dienstherrn in Auftrag gegeben werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung müssen dann Grundlage aller weiteren Überlegungen zur Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer sein.*

*Die Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund appellieren an Sie, die bisherige hohe Qualität der bayerischen Schulen und das pädagogische Engagement der Beschäftigten nicht durch weitere unzumutbare Belastungen zu gefährden. Vor endgültigen Festlegungen müssen objektive Entscheidungsgrundlagen ermittelt werden.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband  
Bayerischer Philologenverband  
Bayerischer Realschullehrerverband  
Verband der Lehrer an beruflichen Schulen  
Katholische Erziehergemeinschaft in Bayern*

**Schreiben des Kultusministeriums an  
den VLB, 14. November 2003**

*Sehr geehrter Herr Sauerwein,*

*Sie haben als Vorsitzender des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus um Klärung der Frage des freien Eintritts von Lehrkräften in Schlösser, Gärten und Museen für Lehrer an beruflichen Schulen gebeten.*

*In dieser Angelegenheit dürfen wir auf das Ihnen vorliegende Schreiben vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen vom 04. Dezember 2001 sowie das in der Anlage beigefügte Schreiben vom 30. Januar 2003 hinweisen, in denen die Bedingungen für einen freien Eintritt in Schlösser, Gärten und Museen dargelegt sind.*

*Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist der Auffassung, dass die vom Finanzministerium getroffene Regelung angemessen und ausreichend ist.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Thomé  
Ministerialdirigent*

*Anlage: Kopie des Antwortschreibens des Bayerischen Staatsministeriums für Finanzen an den Personalrat der staatl. Berufsschule Neumarkt.*

**Freier Eintritt in staatliche Schlösser, Gärten und Museen**

**Antwortschreiben des  
Finanzministeriums an den  
Personalrat der Staatlichen  
Berufsschule Neumarkt, auf ein  
Schreiben vom 18. Januar 2003,  
30. Januar 2003**

## **Freier Eintritt in die staatlichen Museen sowie in die Objekte der Bayerischen Verwaltung der staat- lichen Schlösser, Gärten und Seen**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*für Ihr Schreiben, in dem Sie auf die Regelungen für den freien Eintritt von Lehrkräften in die staatlichen Museen Bezug nehmen, danke ich Ihnen. Aufgrund Ihrer Anfrage erfolgte eine Überprüfung der Tarifbestimmungen der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen sowie der staatlichen Museen in Bayern, die im Gegensatz zu den Schlössern, Burgen und Residenzen dem Bayerischen Staatsministerium, für Wissenschaft, Forschung und Kunst nachgeordnet sind.*

*Sowohl bei den staatlichen Museen als auch bei den Objekten der Schlösserverwaltung erhalten „Lehrer ... bei Museumsbesuchen mit den von ihnen betreuten Schülergruppen ... und soweit sie nachweislich ein Museum zur Vorbereitung eines solchen Besuchs aufsuchen“ freien Eintritt.*

*Der Besuch von Lehrkräften mit den von ihnen betreuten Schülergruppen führt regelmäßig nicht zu Problemen, da die Begleitung durch eine Schülergruppe als Voraussetzung für den freien Eintritt offensichtlich ist.*

*Die von Ihnen geschilderten Probleme treten daher nur dann auf, wenn eine Lehrkraft ein entsprechendes Museum zur Vorbereitung eines derartigen Besuches aufsucht. Hierfür muss die Lehrkraft den dienstlichen Anlass ihres Besuches nachweisen können. Dabei ist eine entsprechende Bestätigung der jeweiligen Schule, aus der sich der Anlass des Besuchs ergibt, ausreichend. Ein Nachweis, dass es sich um eine noch im aktiven Dienstverhältnis befindliche Lehrkraft handelt, ist nicht erforderlich.*

*Mir ist bewusst, dass sich gerade bei Lehrkräften der dienstliche und private Anlass bei Museumsbesuchen nicht immer trennen lassen. Die Eintrittsbefreiung bei den staatlichen Objekten setzt jedoch voraus, dass der Grund für den Museumsbesuch ausschließlich dienstlich motiviert ist und der Vorbereitung eines Museumsbesuchs mit einer Schulklasse dient.*

*Die Gewährung des freien Eintritts für zunächst privat veranlasste Besuche, die auch Anregungen für die Arbeit mit sich bringen, ist nicht vorgesehen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie aber darauf hinweisen, dass bei den staatlichen Museen, wie z. B. auch der Pinakothek der Moderne, an Sonntagen allen Besuchern freier Eintritt gewährt wird.*

*Im Übrigen gelten die vorgenannten Ausführungen nicht für die zahlreichen nicht-staatlichen Museen in Bayern sowie für das Deutsche Museum in München und das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg. Die beiden letztgenannten Museen setzen als Anstalten des öffentlichen Rechts selbständig die Voraussetzungen für die Gewährung des freien Eintritts fest.*

*Ich bitte Sie um Verständnis, dass eine noch großzügigere Gewährung des freien Eintritts für Lehrkräfte in den staatlichen Museen und in den Objekten der Schlösserverwaltung leider nicht möglich ist. Auf den Nachweis des ausschließlich dienstlichen Anlass des Besuchs kann leider nicht verzichtet werden.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Schreiber  
Ltd. Ministerialrat*

### **Anmerkung des VLB:**

Aufgrund der im Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen gemachten Aussagen sind die auf unserem Mitgliederausweis genannten Vergünstigungen nur noch in Verbindung mit Unterrichtsveranstaltungen gültig. Wir empfehlen, sich von den Schulleitungen auf dem offiziellen Briefkopf der Schule pauschal bestätigen zu lassen, dass der genannte Sachverhalt vorliegt. Somit sind auch vor- und nachbereitende Besuche der entsprechenden Anlagen kostenfrei möglich.

*H. Sauerwein, Landesvorsitzender*

**Schreiben des VLB an die Bayerische Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, MdL, 13. November 2003**

## Bündelung der Zuständigkeit für die gesamte Berufsbildung in der Hauswirtschaft

*Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber,*

*wie wir erfahren haben, wird über eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft in der Projektgruppe Verwaltungsreform nachgedacht. Seit Jahren ist es uns völlig unverständlich, warum eine Differenzierung in städtische und ländliche Hauswirtschaft aufrechterhalten wird.*

*Vergleicht man die Beschäftigungszahlen von hauswirtschaftlichen Fachkräften – 0,8 % in der Landwirtschaft und 96 % im Dienstleistungssektor/Großhaushalt/ Sozialwesen u. a. – so ist eine Zusammenführung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Sinne der Bildung von Kompetenzzentren für Hauswirtschaft an beruflichen Schulen mit entsprechenden Synergieeffekten anzustreben. Die großzügige personelle Ausstattung der Landwirtschaftsämter könnte bei Überführung der Planstellen und Lehrkräfte an die entsprechenden beruflichen Schulen einen Beitrag zur*

- Reduzierung des Lehrermangels und einer*
- Straffung des Einsatzes aller Ressourcen des öffentlichen Dienstes darstellen.*

*Der Bereich Hauswirtschaft bildet an den beruflichen Schulen einen eigenen Fachbereich und bedarf daher einer „Zuständigen Stelle Hauswirtschaft“ und eines „Berufsbildungsausschusses Hauswirtschaft“, um die fachspezifischen Belange der Branche in der Berufsaus- und Weiterbildung sicherzustellen und eine Weiterentwicklung zu garantieren.*

*Die derzeitige fachliche Zuständigkeit liegt beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit: Das Ministerium ist für den gesamten Arbeitsmarkt zuständig, so dass hier eine offene Sichtweise für Berufsbildungsfragen gegeben ist.*

*Sozialordnung: Die demografische Entwicklung in unserem Land macht einen weiteren Ausbau im Gesundheits- und Sozialwesens erforderlich. Wenn die Berufsausbildung der Hauswirtschaft weiterhin diesem Ministerium unterstellt ist, erscheint uns eine effiziente Ausbildung für die künftige Entwicklung im sozialen Bereich gesichert.*

*Familie: Die Bedeutung der erzieherisch, betreuenden Aspekte in der Berufsausbildung sind für die Familiensituation in unserer Gesellschaft unschätzbar. Eine grundlegende Verknüpfung zu diesem Ministerium muss bestehen bleiben. Frauen: 99 % der Auszubildenden in der Hauswirtschaft sind Frauen.*

*Der VLB fordert eine klare personelle und inhaltliche Zuordnung der „zuständigen Stelle für Hauswirtschaft“ zum Ministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen. Dies entspricht in idealer Weise allen Belangen der Berufsbildung in der Hauswirtschaft.*

*Mit freundlichen Grüßen  
H. Sauerwein  
Landesvorsitzender*

**Antwortschreiben des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, MdL, an den VLB, 17. November 2003**

*Sehr geehrter Herr Sauerwein,*

*haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Oktober 2003 und Ihre Anregungen zur Schulaufsicht an beruflichen Schulen. Ihre Vorschläge werden im Rahmen unserer Überlegungen zur Verwaltungsreform geprüft.*

*Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich Ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine abschließende Bewertung Ihres Vorschlages zukommen lassen kann.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Erwin Huber*

# Lehrerbildung im europäischen Hochschulraum

**HEIKO POHLMANN**

Als vor vielen Jahren in der Presse Informationen zur Einführung eines europäischen Währungssystems erschienen, glaubte kaum jemand daran, dass dieses gelingen würde. Heute leben und arbeiten wir fast schon selbstverständlich mit der einheitlichen europäischen Währung, dem Euro.

Diese Erkenntnis lässt sich fast gleichermaßen auf den europäischen Hochschulraum übertragen. So haben sich schon 1988 die europäischen Bildungsminister in der „Magna Charta Universitatum“ von Bologna darauf geeinigt, einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu entwickeln. In der gemeinsamen Erklärung der europäischen Bildungsminister vom 19. Juni 1999, die wiederum in Bologna erarbeitet wurde, sind wichtige Beschlüsse dargestellt, die in der bildungspolitischen Öffentlichkeit leider zu wenig diskutiert wurden und werden. Ziel soll sein, in allen Ländern Europas eine Hochschulreform durchzuführen um einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Dieser soll als Schlüssel zur Förderung der Mobilität und der arbeitsmarktbezogenen Qualifizierung seiner Bürger und der Entwicklung des europäischen Kontinents insgesamt dienen. Dazu heißt es in der gemeinsamen Erklärung: „Inzwischen gibt es in weiten Teilen der politischen und akademischen Welt sowie in der öffentlichen Meinung ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit der Errichtung eines vollständigen und umfassenden Europas, (...)“.

## Die Beschlüsse von Bologna aus dem Jahre 1999

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Europa zu verbessern, wurde folgende Beschlüsse gefasst:

- „Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer

Abschlüsse, auch durch die Einführung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement) (...).

- Einführung eines Systems, das sich im wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate). Regelvoraussetzung für die Zulassung zum zweiten Zyklus ist der erfolgreiche Abschluss des ersten Studienzyklus, der mindestens drei Jahre dauert. Der nach dem ersten Zyklus erworbene Abschluss attestiert eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene. Der zweite Zyklus sollte, wie in vielen europäischen Ländern, mit dem Master und/oder der Promotion abschließen.
- Einführung eines Leistungspunktesystems – ähnlich dem ECTS – als geeignetes Mittel der Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden (...).“

Man beschloss in Bologna, eine „Follow-up-Group“ zu gründen, die jeweils Zwischenberichte über die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten erstellen sollte und, dass man sich alle zwei Jahre treffen wolle, um die Umsetzung der Beschlüsse zu überwachen.

## Beschlüsse der europäischen Hochschulminister im Jahre 2003 in Berlin

Bei der ersten Folgekonferenz 2001 in Prag fügten die Minister weitere Ziele hinzu und bekräftigten ihre Entschlossenheit, den Europäischen Hochschulraum bis 2010 zu verwirklichen. Am 19. September 2003 kamen die Minister aus 33 europäischen Ländern wiederum zusammen, um Prioritäten und neue Ziele für die kommenden Jahre zu vereinbaren. Dazu heißt es im Kommuniqué: „Die Ministerinnen und Minister nahmen die Länderbe-

richte zur Kenntnis, die den beträchtlichen Fortschritt belegen, der bei der Anwendung des Bologna-Prozesses erzielt wurde. Um dem Prozess noch mehr Schwung zu verleihen, legen sie für die nächsten zwei Jahre mittelfristige Prioritäten fest. Sie werden ihre Anstrengungen zur Förderung einer wirksamen Qualitätssicherung, zur tatsächlichen Anwendung von gestuften Studienstrukturen und (...) verstärken“.

Dem Kommuniqué sind folgende wichtige Beschlüsse zu entnehmen:

- „Alle Ministerinnen und Minister verpflichten sich, mit der Implementierung des zweistufigen Studiensystems bis 2005 begonnen zu haben. (...)“
- Die Ministerinnen und Minister empfehlen den Mitgliedstaaten, einen Rahmen vergleichbarer und kompatibler Hochschulabschlüsse für ihr Hochschulsystem zu entwickeln, das darauf zielt, Qualifikationen im Hinblick auf Arbeitsbelastung, Niveau, Lernergebnisse, Kompetenzen und Profile zu definieren. (...)“
- Innerhalb eines derartigen Rahmens sollten Abschlüsse zu unterschiedlichen, festgelegten Ergebnissen führen. Die beiden Studiengänge des zweistufigen Systems sollten unterschiedliche Ausrichtungen und Profile haben, (...). Die Abschlüsse des ersten Studienzyklus sollten im Sinne des Lissabon-Abkommens den Zugang zum zweiten Zyklus, die Abschlüsse des zweiten Zyklus den Zugang zum Doktorandenstudium ermöglichen.
- Sie geben als Ziel vor, dass alle Studierenden, die ab 2005 ihr Studium abschließen, das Diploma Supplement automatisch und gebührenfrei erhalten sollen. (...)“
- Sie appellieren an Hochschulen und Arbeitgeber, die Anwendungsmöglichkeiten des Diploma Supplement voll auszuschöpfen, um Nutzen aus der größeren Transparenz und Flexibilität der Hochschulabschlüsse zu ziehen sowie die Beschäftigungschancen zu fördern und die akademische Anerkennung für weitere Studien zu erleichtern.

- Im Bewusstsein der Notwendigkeit (...) halten es die Ministerinnen und Minister für erforderlich, über die gegenwärtige Beschränkung auf die zwei Zyklen der Hochschulbildung hinauszugehen und die Doktorandenausbildung als dritten Zyklus in den Bologna Prozess einzubeziehen.“

Die „Follow-up-Group“ wurde wiederum beauftragt, für die Folgekonferenz in Bergen (Norwegen) im Jahre 2005 detaillierte Berichte über die erzielten Fortschritte im Bereich der Qualitätssicherung, der gestuften Studiensysteme und der Anerkennung der Studienabschlüsse und –abschnitte zu erstellen.

Interessant ist, dass die Ministerinnen und Minister weitere 7 Staaten als neue Mitglieder willkommen heißen konnten, so dass nunmehr 40 europäische Staaten den Europäischen Hochschulraum gemeinsam verwirklichen wollen.

Nach einer Studie des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und -planung werden seit der Hochschulreform 1998 diese neuen Studiengänge bei 11 Prozent aller Studiengänge an Bayerns Hochschulen angeboten. Der erste Zyklus endet als Übernahme der Beschlüsse von Bologna mit dem Abschluss „Bachelor“, der zweite mit dem Abschluss „Master“. Dies sind nach dem gegenwärtigen Stand in Bayern knapp 200 Studiengänge.

Wir werden über die weitere Entwicklung berichten. <

#### Quellen:

Der Europäische Hochschulraum, Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister vom 19. Juni 1999 in Bologna;

„Den Europäischen Hochschulraum verwirklichen“, Communiqué der Konferenz der europäischen Hochschulministerinnen und -minister am 19. September 2003 in Berlin

## Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, 14. November 2003:

### Pensionierungen von Lehrern wegen Dienstunfähigkeit rückläufig

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wurden im Jahr 2002 in Deutschland 14 100 Lehrer in den Ruhestand versetzt; das waren 11% weniger als 2001. Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit ist von 54% (2001) auf 41% (2002) zurückgegangen. Das war der niedrigste Anteil seit Beginn der Erhebung dieses Merkmals in der Versorgungsempfängerstatistik im Jahr 1993.

Für diese Entwicklung dürften dienst- und versorgungsrechtliche Maßnahmen ausschlaggebend sein: So hat zum einen die Inanspruchnahme von Altersteilzeit deutlich zugenommen. Mitte 2002 hatten rund 20 000 verbeamtete Lehrer von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch gemacht; ein Jahr zuvor waren es 10 300. Zum anderen müssen seit 2001 ebenso wie in der gesetzlichen Rentenversicherung – Abschläge bei Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 63. Lebensjahres hinengenommen werden. Im Jahr 2000, dem letzten Jahr vor Einführung der Versorgungsabschläge, waren noch 64%

aller Pensionierungen von Lehrern auf Grund von Dienstunfähigkeit erfolgt.

Bei der Pensionierung von Beamten und Richtern der Gebietskörperschaften in Aufgabenbereichen, für die – wie für Lehrer – die Regelaltersgrenze von 65 Jahren gilt, betrug der Anteil der Dienstunfähigen im Jahr 2002 rund 28% (2001: 37%), das waren insgesamt 12 400 Pensionierungen. Im Vollzugsdienst mit einer Regelaltersgrenze von 60 Jahren wurden 18% der Beamten wegen Dienstunfähigkeit pensioniert.

Mit Erreichen der Regelaltersgrenze (65. Lebensjahr) sind im vergangenen Jahr 2 100 (15%) Lehrer in den Ruhestand getreten. 1 400 (10%) gingen nach Erreichen des 60. Lebensjahres wegen Schwerbehinderung und 4 800 (34%) nach Erreichen des 63. Lebensjahres unter Hinnahme von Abschlägen in den Ruhestand. Durchschnittlich waren die im Jahr 2002 pensionierten Lehrer zum Zeitpunkt ihrer Pensionierung 61 Jahre alt (2001: 60 Jahre, 2000: 59 Jahre). <

#### Aufgelesen:

*Das Überleben der Menschheit hängt nicht davon ab, was wir wissen, sondern davon, wie wir miteinander umgehen. H. SONA*

*Es gibt keine Sonderform einer pädagogischen Begegnung, sondern nur die menschliche Begegnung schlechthin. O. F. BOLLNOW*

*„Ich weiß, dass ihr glaubt, ihr versteht, was ihr denkt, was ich gesagt habe. Aber ich bin mir nicht sicher, ob ihr begreift, dass das, was ihr gehört habt, das ist, was ich meine ...“ UNGENANNTER PHILOSOPH*

*Nicht die Dinge selbst, sondern unser Denken über die Dinge entscheidet, ob wir glücklich oder unglücklich werden. EPIKTET*

## Bruno K. oder die Wirkung des Übertragungsphänomens

Die Geschichte mit Bruno K. liegt nun fast 25 Jahre zurück, doch immer wieder mal kommt sie mir in den Sinn. Bruno war in der Abschlussklasse, die ich damals übernommen hatte. Es war eine angenehme Klasse, freundliche junge Leute, die ihren Beruf mochten, überwiegend Realschulabsolventen, aber auch einige Abiturienten darunter. Das „Betriebsklima“ ließ nichts zu wünschen übrig.

Bruno K. brachte – knapp zwanzigjährig – ein stattliches Päckchen an Schulerfahrungen mit. Das Gymnasium jedenfalls hatte er nach mehreren Schulwechseln „geschmissen“.

Im Klassenzimmer ließ er sich ganz hinten nieder und saß allein in der Bank. Dies entsprach seiner Rolle in der Klasse. Unbeliebt war er nicht, das konnte man nicht sagen. Aber so richtig mittendrin war er auch nicht. Sein eigentliches Problem schienen die Lehrer zu sein und da genoss ich als Klassenlehrer offensichtlich einen besonderen Vorzug. Jedenfalls ging er mir – so gut es ging – aus dem Weg.

Im Unterricht konnte ich ihn also vergessen. Soweit ich mich erinnere, hing er gesenkten Blickes in der Bank oder er hatte den Kopf auf der Tischplatte. Die personifizierte Null-Bock-Stimmung sozusagen, eine Reizfigur, die mich einfach auf die Palme brachte. Einige Male riß mir der Geduldsfaden und dahin waren alle guten Vorsätze. Pestalozzi ade. „Laß ihn einfach,“ rieten mir die Kollegen, und die Mitschüler sagten: „Wir wissen auch nicht, was mit dem los ist.“

Das Schuljahr ging dahin, immer wieder mal versuchte ich „mein Glück“ bei Bruno, mal mit guten Worten, mal mit einem gewissen Druck. Umsonst. Auch Gespräche mit dem Betrieb brachten nichts, dort hatte man ihn offenbar längst schon abgeschrieben. Zum ersten Mal – ich geb’s zu – empfand ich einem Schüler gegenüber völlige Hilflosigkeit. Zunehmend beschleicht mich auch ein gewisses Gefühl des Versagens. Schließ-

lich ging ich zur Tagesordnung über, nahm Brunos Verhalten einfach hin. Unterrichtsstörungen konnte man ihm ja weiß Gott nicht nachsagen. Wozu also die ganze Aufregung?

Bei der Abschlussprüfung schnitt er gar nicht schlecht ab, besser jedenfalls als wir erwartet hatten. Für den letzten Schultag hatte die Klasse in ein Gartenlokal eingeladen. Der Zufall wollte es, dass ich neben Bruno saß. Dieser erschien mir völlig verändert, freier, offener. Er ließ sich auf eine Plauderei ein, zunächst zögerlich und mit leichtem Errotten, dann aber zusehends freimütiger.

Der Nachmittag war kurzweilig: Wir blickten zurück, die jungen Leute sprachen über Pläne, erzählten Witze und Anekdoten, man prostete sich zu und die Lehrer erhielten kleine Präsente.

Schließlich begann sich die Gruppe aufzulösen. Die einen mussten zum Bus, andere hatten Verabredungen. Bruno aber blieb und war angesichts eines frischen Silvaners nun vollends in Fahrt.

„Ich wollte es Ihnen schon lange mal sagen ...“, sprudelte es jetzt geradezu aus ihm heraus. „Sie können jedenfalls nichts dafür.“ Und dann erzählte er die Geschichte, an die ich heute noch immer denke, die Geschichte von einem völlig zerrütteten Verhältnis zwischen Vater und Sohn.

„Ich habe ihn mit der Schule einfach enttäuscht, er hatte so große Erwartungen in mich gesetzt“, sagte Bruno. „Aber seine Methoden; dafür war ich einfach zu zart besaitet.“

„Und die Mutter?“

„Sie haben sich getrennt; ich litt sehr darunter, ebenso meine Geschwister?“

Es war dunkel geworden und um den Tisch saß nur noch der harte Kern der Klasse. Bruno kam zum Ende: „Es war Ihr Pech, dass sie ihm so schrecklich ähnlich sehen“, sagte er. „Und Ihre Stimme! Ich hörte ihn, wenn Sie den Mund aufgaben. Ich war wie gelähmt als Sie zum ersten Mal ins Klassenzimmer kamen und mich dann auch noch so forsch ansprachen. He, Sie dahinten,

sagten Sie, geben Sie sich nicht gar so zwanglos“.

Wir sprachen noch lange miteinander, Bruno und ich. Es war so, als wollten wir alles nachholen, was wir während des Schuljahres versäumt hatten. Es ging um Schule, Erziehung, Beziehungen, um den Bund und weiß Gott worüber sonst noch. Bruno hatte richtig Sitzfleisch und als wir auseinandergingen schaute er mir zum ersten Mal offen in die Augen.

Später trafen wir uns noch einige Male in der Stadt. Dann fand er auswärts eine Stelle und seine Spur verlor sich. Dass ich kürzlich wieder einmal an Bruno K. denken musste, hängt mit der Lektüre eines Pädagogik-Fachbuches zusammen. Es trägt den Titel „Beziehungsdidaktik“ und war mir von einer Referendarin ans Herz gelegt worden. Ich las, was ich hier sinngemäß wiedergebe:

Ein zwölfjähriger Junge verweigert die Mitarbeit und stört den Unterricht, indem er den Lehrer mit deftigen Ausdrücken titulierte. Dieser spricht ihm klar und bestimmt an: „Hör auf zu schimpfen und arbeite mit“, worauf der Junge zu seinem Nachbarn etwas sagt, was der Lehrer hört und was ihn einigermaßen aus der Fassung bringt. Empört spricht er im Kollegium über den Vorfall.

Dabei erfährt der Lehrer, dass der Junge seinen Vater zutiefst haßt, weil dieser ihn demütigt, wo immer er kann. Die negative Gefühle übertragen sich auf den Lehrer, den er eher glaubt „umbringen“ zu können als den Vater. Dieser also bekommt all die negativen Gefühle und Gedanken ab, die eigentlich dem Vater galten.

„Solche Übertragungsphänomene in zwischenmenschlichen Beziehungen“, schreibt der Buchautor „sind normal, weil die Menschen nicht immer in der Lage sind, zwischen dem früher Erlebten und dem Jetzt zu trennen“.

Es ist sicher auch eine Frage des Alters und der Reife, wie junge Menschen mit solcherlei Übertragungsphänomenen umgehen. Bruno jedenfalls hatte die Kurve noch bekommen, gerade noch, sagen wir mal. Fast aber hätte ich vergessen den Buchtitel zu nennen. Er lautet: Reinhold Miller „Beziehungsdidaktik“ Weinheim/Basel 1999.

P. Thiel

Das berufliche Schulwesen im Jahr der Menschen mit Behinderung:

## Die Förderschulen – „Exoten“ im beruflichen Schulwesen

ELISABETH BRÄUNIG /  
KEMENS M. BROSIG

Die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christa Stewens, schreibt in ihrem Aufruf zum bayrischen Aktionsprogramm im europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen: „Wir wollen in diesem Jahr nachhaltig über Behinderungen (...) informieren, die besonderen Bedürfnisse behinderter (...) Menschen aufzeigen, für die Belange und die Lebensbedingungen dieser Menschen sensibilisieren und aufgeschlossen machen und dadurch Normalisierung, Integration, Teilhabe am Leben der Gemeinschaft und Gleichstellung als grundlegende Prinzipien des Umgangs miteinander stärken.“ In den Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaft leben 37 Mio. Menschen, die als behindert gelten und für die Behindertenpolitik gemacht wird. Diese Personengruppe hatte schon immer damit zu kämpfen, dass sie einerseits mit ihrem „Defizit“ wahrgenommen, andererseits mit Mitleid gesehen sowie mit Abstand und Distanzierung behandelt wurde. Wenn vom Jahr der Menschen mit Behinderungen eine reale und nachhaltige Wirkung in Form von Normalisierung, Integration, Teilhabe, Gleichstellung und selbstverständlicher Akzeptanz im Sinne des von Ministerin Stewens formulierten Aufrufes ausgehen soll, so müssen die Aktionen in diesem Jahr

- ausführliche Informationen bieten,
- die Bedürfnisse behinderter Menschen zeigen und
- für deren besondere Belange sensibel machen.

Auch im differenzierten bayerischen Schulsystem mangelt es z. T. noch an Informationen, um behinderten und beeinträchtigten Schülern im vollen Umfang gerecht zu werden.

### Regel- oder Förderberufsschule ? Eine individuelle Entscheidung

Etwa fünf Prozent der bayerischen Schüler/-innen haben bestimmte Handicaps, die in Förderschulen für Seh-, Hör-, Körperbehinderte und Förderschulen zur individuellen Lernförderung, Lebensbewältigung und Erziehungshilfe eine adäquate Beschulung finden. In der Neufassung des BayEUG in diesem Jahr kommt es zu einer strukturellen Veränderung durch den Verzicht auf den Begriff „Behinderung“. Außerdem werden die Förderung von beeinträchtigten und behinderten Schülern unter dem Kooperations- und Integrationsgedanken festgeschrieben und sinnvolle schulische Vernetzungen von Behindertungsarten durch Bildung von sog. Förderzentren vorangebracht. In sonderpädagogischen Förderzentren werden die Förderschwerpunkte Sprache, Lernen sowie soziale und emotionale Entwicklung zusammengefasst. Auch im Bereich der Förderschwerpunkte Sehen, Hören, körperliche und motorische sowie geistige Entwicklung werden Förderzentren gebildet, die nicht allein die Aufgabe haben, Schülern mit besonderen Bedürfnissen zu unterrichten, sondern vielfältige Beratungs- und Vermittlungsaufgaben in Zusammenarbeit auch mit außerschulischen Fachkräften übernehmen.

Eine Beschulung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen der Regelschulen in sog. „Außenklassen“, Kooperationsklassen oder unter Hinzuziehung von mobilen sonderpädagogischen Hilfen und Diensten ist möglich und im Zunehmen begriffen.

Am Ende der Schulzeit in der Förderschule, gleich welchen Förderschwerpunktes, steht in der Regel ein Gutachten, dass den weiteren sonderpädagogischen Förderbedarf be-

schreibt. Dieses Gutachten übersteigt sowohl inhaltlich als auch quantitativ die Aussagen eines Abschluss- oder Entlasszeugnisses und es spricht auch in enger Zusammenarbeit mit den Rehabilitationsberatern des Arbeitsamtes und dem psychologischen Dienst der Arbeitsverwaltung eine Empfehlung über die berufliche Integration und über den weiteren schulischen Förderort aus. Für fast jeden Förderschwerpunkt gibt es in Bayern die Möglichkeit einer Beschulung in einer Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung. In Bayern sind zehn Berufsausbildungswerke angesiedelt, in denen über 2.500 Ausbildungsplätze für behinderte junge Menschen zur Verfügung stehen. Über eine Aufnahme einer Ausbildung in einem Berufsausbildungswerk entscheidet das für den Wohnort zuständige Arbeitsamt, da ein hoher finanzieller Aufwand damit verbunden ist. Neben den Berufsausbildungswerken mit ihren pädagogischen, medizinischen und psychologischen Fachdiensten eröffnen Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung (= Förderberufsschulen) mit den verschiedenen Förderschwerpunkten dem beeinträchtigten Schüler die Möglichkeit, einer wohnortnahen Beschulung.

Am häufigsten sind in Bayern die Förderberufsschulen mit den Schwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung vertreten. Ein Besuch dieser Schulen wird Schülern und deren Erziehungsberechtigten am Ende der Förderschulzeit unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse u. U. empfohlen, um die berufliche Integration voraussichtlich erfolgversprechend anzubahnen und abzuschließen. Eine Verpflichtung, die Förderberufsschule zu besuchen, leitet sich aus der Empfehlung der abgebenden Förderschule oder auch Hauptschule nicht ab. Den Erziehungsberechtigten steht es frei, sich für eine andere Berufsschule, d. h. die Regelberufsschule, zu entscheiden und dort ihren Sohn oder ihre Tochter zur Beschulung im Rahmen einer Ausbildung oder zur Erfüllung der Berufsschulpflicht anzumelden. Die Entscheidung Förder- oder Regelberufs-

schule ist nicht durch Abhaken einer Fragestellung oder Anwendung eines Patentrezeptes zu treffen, sondern die Berücksichtigung der Persönlichkeit des einzelnen Jugendlichen und dessen konkrete Lern- und Lebenssituation sind die Voraussetzung für die Wahl der adäquaten Schule.

Regel- und Förderberufsschule haben das gleiche Ziel, den Jugendlichen im Rahmen des dualen Systems zu fördern, zu fördern und zu unterstützen, damit die berufliche Integration gelingt-, nur die Art des Weges und die Mittel, das Ziel zu erreichen, unterscheiden sich.

### Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung – nur ein anderer Weg?

Die Förderberufsschulen in Bayern vor allem mit den Schwerpunkten Lernen sowie soziale und emotionale Entwicklung bieten Schülern mit besonderem Förderbedarf eine Palette an Möglichkeiten, um einerseits erste Schritte auf dem Weg in die Berufs- und Arbeitswelt zu wagen und andererseits mit einem differenzierten Angebot an Beschulung von Ausbildungsberufen eine Teilhabe an der Arbeitswelt mit einem anerkannten Berufsabschluss zu erreichen.

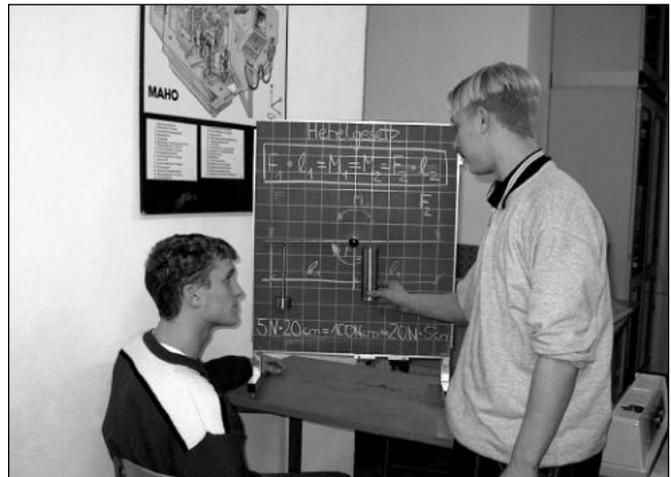
Dies wird umso wichtiger, je enger das Segment des allgemeinen Arbeitsmarkts gerade auch für Beeinträchtigte und Behinderte wird. Das Angebot von Berufsvorbereitungsjahren in diversen Fachbereichen ist mit dem hohen Angebot an praktischer Arbeit im schulischen Bereich oder auch an außerschulischen Lernorten wie gewerblichen und dienstleistenden Betrieben im Verkauf oder im Bereich der Pflege verbunden ermöglichen das intensive Kennen lernen der Berufssparte und das Austesten von speziellen beruflichen, aber besonders auch von Schlüsselqualifikationen. Die Defizite von FörderSchülern liegen seltener im Bereich der praktischen Ausführung als im vernetzten Erfassen von Zusammenhängen und Anwenden in der realen Situation. Der Begriff der Handlungsorientierung besitzt beim Lernen in den Förderberufsschulen so-

mit einem immens hohen Stellenwert. Durch die Praktika in Betrieben bzw. den hohen Anteil praktischer Tätigkeiten während des Berufsvorbereitungsjahres werden Fähigkeiten geschult, die sich bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz als sehr positiv bewertet herausstellen.

Ein weiterer Bereich der Förderberufsschulen ist das Angebot an Beschulung für Ausbildungsberufe, die von den Jugendlichen ergriffen werden können, die eine spezielle Beeinträchtigung haben. Es bieten sich speziell für Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Lernen die Werkerberufe an, die nach § 48 BBiG einen Berufsabschluss (i. R. nach 3 Jahren) ermöglichen, der mit den Fähigkeiten

**Schüler an Förderberufsschulen sind genauso gefordert wie Schüler anderer beruflicher Schulen.**

Foto: Don-Bosco-Schule, Würzburg



der Jugendlichen erreicht werden kann. Beim erfolgreichen guten Abschluss in einem Werkerberuf ist durch eine Erweiterung um ein Ausbildungsjahr der Abschluss der Vollausbildung im gewählten Beruf möglich.

Ob eine Schule ihrem Auftrag gerecht wird, misst man natürlich in erfolgreichen Abschlüssen. Hier werden Förderberufsschulen verglichen mit Regelberufsschulen, da die Prüfungen bei den Kammern bzw. Innungen in den Ausbildungsberufen dort unabhängig von den jeweiligen Schulen abzulegen sind. Die Erfolgsquoten von Förderberufsschulen können sich sehen lassen.

Was macht den besonderen Weg zum Ziel des Berufsabschlusses aus.

Bei einer Befragung von Schulabgängern einer Förderberufsschule im Rahmen einer Diplomarbeit gaben 82 Prozent der Jugendlichen an, dass sie ihren beruflichen Erfolg auf den Besuch der Förderberufsschule zurückführen. In der Auswertung der Befragung wird diese positive Zuschreibung erstens begründet mit der Erfahrung der Jugendlichen, dass sie im „Schonraum“ Förderberufsschule durch das Zusammentreffen mit anderen Jugendlichen, die ähnliche Probleme hatten, erst das Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten entwickeln konnten. Zweitens fühlten sich die Jugendlichen durch die persönliche Zuwendung und das differenzierte Eingehen der Lehrkräfte auf ihre besondere

Problematik ernst genommen und entwickelten ein Gefühl für das Ausmaß an Förderung, die ihnen weiterhalf.

Die wesentlichen Kennzeichen von Förderberufsschulen, nämlich ausführliche Diagnostik und daraus resultierende individuelle Förderung des einzelnen Schülers, sind nach Aussage dieser Befragung unmittelbar bei den Jugendlichen angekommen. Da für die Ausprägung dieser Kennzeichen differenzierte, nicht nur intellektuelle, Lernplanung vom Lehrerteam für den einzelnen Jugendlichen und deren Umsetzung im Unterricht erfolgen muss, findet Unterricht an Förderberufsschulen in kleineren Lerngruppen statt. Gerade die kleinen Lerngruppen und das daraus resultierende Lernkli-

ma scheinen, von der Warte der Regelberufsschule aus gesehen, die Förderberufsschulen zu einer „exotischen Oase“ zu machen. Dr. Bruno Schor vom ISB beschrieb den Unterschied der Beschulung in Regelschule und Förderschule nicht einhergehend mit der Größe der Lerngruppe, sondern formulierte: „An Förderschulen werden nicht Fächer, sondern Schüler unterrichtet.“ Weitere außergewöhnliche Merkmale der Förderberufsschulen sind erstens die Tatsache, dass sie rein organisatorisch gesehen gar nicht zum Berufsschulbereich gehören, sondern an den Regierungen dem Förderberufsschulbereich zugeordnet sind, und zweitens dass an diesen Schulen Sonderschullehrer, Berufsschullehrer, gewerbliche Fachlehrer bzw. Meister und Sozialpädagogen im gleichen Team zusammenarbeiten.

### Zukunft der Förderberufsschulen – was wünschen sich die Förderberufsschulen ?

Förderberufsschulen sind praktisch gesehen schulische Partner im beruflichen System, da sie organisatorisch dem Förderberufsschulbereich zugeordnet sind, erhalten in den wenigsten Regierungsbezirken Förderberufsschulen die KMS, die sich unmittelbar auf die Organisation ihrer Arbeit als Berufsschule beziehen.

Da die Trägerschaft der Förderberufsschulen überwiegend in privater bzw. kirchlicher Hand liegt, ergeben sich einerseits Personalengpässe vor allem bei der Zuweisung von Personal im beruflichen Sektor. Andererseits sind die Aufstiegschancen für Berufsschullehrer und Sonderschullehrer in Funktionsstellen auf Grund der kleinen Schulen bisher beschränkt.

Damit an Förderberufsschulen effektiv und kompetent gearbeitet werden kann, bemüht sich auch der VLB-Arbeitskreis „Förderberufsschulen“ schon länger darum, diese Probleme an den entsprechenden Stellen vorzubringen und hofft auf baldige Veränderungen.

Förderberufsschulen verstehen sich als kompensatorische Bildungseinrichtungen und sehen sich selbst in keiner Konkurrenz zur Regelberufs-

schule, deshalb ist jeder Jugendliche, der überwiegend in der allgemeinen Klassengemeinschaft unterrichtet werden, den verschiedenen Unterrichtsformen der Regelberufsschule folgen, dabei schulische Fortschritte erzielen kann und „gemeinschaftsfähig“ ist, ein Jugendlicher, der nicht an einer Berufsschule mit sonderpädagogischer Förderung aufgenommen werden muss. Die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelberufsschulen kann ebenso wie in den Grund- und Hauptschulstufen der Volksschulen Realität werden und gelingen, wenn im Rahmen von mobiler sonderpädagogischer Betreuung eine Unterstützung dieser Jugendlichen erfolgt. Diese mobilen Dienste könnten das an Förderberufsschulen vorhandene Potential an diagnostisch ausgebildeten Lehrkräften nutzen, um regelmäßig eine Förderung dieser Jugendlichen durchzuführen und mit besonderem Unterricht die Chance der Integration in der Regelberufsschule zu vergrößern und den Lehrern beratend zur Seite zu stehen.

Spezielle und integrative Förderung in Berufsschulen müssen in Zukunft keinen Antagonismus mehr bilden, denn der Mythos von der homogenen Lerngruppe gehört auch an Regelberufsschulen jetzt schon der Vergangenheit an.

Wollen Sie die „exotischen Oasen“ der Förderberufsschulen näher kennen lernen?

Bestimmt gibt es eine mit einem Tag der offenen Tür auch in Ihrer Nähe oder sprechen Sie eine Einladung zur gegenseitigen Fortbildung aus! <

## Besonderer Lesetip

**Titel:** Arbeits- und Unternehmensstrukturen der Zukunft

**Autor:** Wissenschaftlich-Technischer Beirat der Bayer. Staatsregierung

**Herausgeber:** Bayer. Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, [www.bavarn.de/Politik/Initiativen/BSK/WTB.html](http://www.bavarn.de/Politik/Initiativen/BSK/WTB.html)

**Rezensent:** Hermann Sauerwein

Der Wissenschaftlich-Technische Beirat der Bayer. Staatsregierung (WTB) zeigt in der Ausarbeitung potentielle Veränderungen in der Arbeits- und Unternehmenswelt auf, um so den Raum für notwendig werdende politische Entscheidungen vor- und aufzubereiten.

Der WTB fokussiert sein Vorgehen auf Megatrends und ihre Auswirkungen, wie sie sich für die derzeit vorliegenden und möglichen zukünftigen Verhältnisse in Deutschland im Allgemeinen und in Bayern im Besonderen darstellen. Es soll die Diskussion über die Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen und den damit eng verbundenen Arbeitsmarkt, die Bildungserfordernisse, die Sozialkomponente einer alternden Gesellschaft und politische Handlungserfordernisse sowohl versachlicht als auch befruchtet werden.

Die WTB will mit diesem Bericht insbesondere Multiplikatoren und Entscheidungsträger, und damit indirekt weite Kreise der Gesellschaft, für die anstehenden Themen der Zukunft sensibilisieren. Die Kenntnis von Veränderungen und die bewusste Auseinandersetzung mit ihr ermöglicht es auch, dem „Angstgedanken“ vorzubeugen.

Das Buch leistet insgesamt gesehen einen wichtigen Beitrag für die aktuelle Debatte und „bietet gerade Lehrern an beruflichen Schulen Information und Grundlagen, um die junge Generation mit der „Zukunft“ konfrontieren zu können.

Das Buch ist über die Geschäftsstelle des WTB bei der Bayer. Staatsregierung von allen Interessenten kostenlos zu erhalten [wbt@stk.bavem.de](mailto:wbt@stk.bavem.de) oder Tel: 089/21 65-25 54 oder Fax 089/21 65-28 06).

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Oberpfalz

#### Lehrertag „Gesunde Lehrer – Wege aus der Belastungsspirale“

Burn-out-Syndrom. Immer mehr Lehrer scheiden vorzeitig aus dem Dienst aus. Lehrer können der Belastung nicht mehr standhalten. Dies sind die Fakten, die uns Tag für Tag begleiten.

Nach dem Motto nicht klagen, sondern lieber etwas dagegen tun, hat das „Team Oberpfalz Projekt – Lehrergesundheit“ (TOP) einen Gesundheitstag in Burglengenfeld abgehalten. TOP ist auf Initiative des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in Zusammenarbeit mit zahlreichen Lehrerverbänden, unter anderem auch dem VLB, quer durch alle Schularten entstanden. Nachdem der Koordinator von TOP, Norbert Hirschmann, zunächst mit 150 Teilnehmern kalkuliert hatte, platzte die Veranstaltung bei mehr als 400 Teilnehmern aus allen Nähten. Trotz dieses Ansturms ging die Veranstaltung ohne größere Probleme über die Bühne. Dass das Thema auch dem Kultusministerium und der Regierung sehr am Herzen liegt zeigt sich an der Tatsache, dass die Veranstaltung als ganzer Fortbildungstag anerkannt wurde. So versicherte der Vizepräsident der Regierung der Oberpfalz, Johann Peißl, dass die Regierung hinter den Lehrern stehe und versuche, sie aus der Belas-

tungsspirale herauszubringen. Unter großem Beifall wies er darauf hin, dass auch Eltern wieder stärker Erziehungsarbeit übernehmen müssten, um dadurch die Lehrer in ihrer täglichen Arbeit zu entlasten. Als weitere Säule der Lehrgesundheit nannte er die



Gespannt folgten die Oberpfälzer dem Hauptreferat: Gute Schule – gesunde Lehrer.

Aneignung entsprechender Verhaltensweisen seitens der Lehrer. Gerade zu dem letzten Punkt bot der Tag sehr viele Anregungen. So liefen etwa 20 verschiedene Workshops zu den Themengruppen „Professioneller Umgang mit Belastungen“, „Psychische Gesundheit“, „Medizinische Aspekte der Gesunderhaltung“, „Gesunde Schule – Gesunde Schüler/innen“ und „Gesundheit in der Schule als Thema der gesamten Schule“. Neben der Theorie stand bei den meisten dieser

Veranstaltung die praktische Umsetzung im Vordergrund.

Im Hauptreferat mit dem Thema „Gute Schulen – gesunde Lehrer“ erläuterte Professor Peter Paulus aus Lüneburg die Ergebnisse der bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen. Er untermauerte mit empirisch gewonnenen Daten, dass der Lehrerberuf sehr anstrengend sei. So müssten z. B. in einer durchschnittlichen Unter-

richtsstunde ca. 200 Entscheidungen getroffen und 15 erzieherische Konfliktsituationen bewältigt werden. Allerdings werde die Belastung sehr unterschiedlich empfunden. So würden häufig die schönen Seiten des Lehrerberufes zu wenig Wert geschätzt, denn daraus könne wiederum Kraft geschöpft werden. Prof. Paulus gestand ein, dass die Ursache-Wirkungsverhältnisse zu wenig erforscht seien. Dennoch zeigte er neben den unterschiedlichen Faktoren, die zu Stressbelastung führen, auch Wege auf, die aus der Misere herausführen können. So sollte jeder Kollege versuchen, sich angemessene Ziele zu stecken, seine Arbeit gut zu organisieren, lernen mit konkreten Stressbelastungen besser umzugehen, seine soziale Kompetenz stärken und die Fähigkeit erlangen, sich intensiv zu erholen und zu regenerieren. Als wichtige Rahmenbedingungen nannte er ein positives Schulklima, eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes und auch eine Klärung des Lehrerbildes in Politik und Gesell-



Prof. Peter Paulus belegte mit empirischen Daten, dass der Lehrerberuf ein sehr anstrengender ist.

schaft. Aus einer solchen Anerkennung und der damit verbundenen Identifikation mit dem Lehrerberuf könne sehr viel Kraft geschöpft werden.

In der Mittagspause fand ein Podiumsgespräch statt, bei dem Dr. Berthold Freytag als Vertreter des Kultusministeriums zu den Thesen und Forderungen der verschiedenen Lehrerverbände Stellung nahm. Freytag versicherte, dass das Ministerium das Problem „Lehrergesundheit“ erkannt habe und eine Fortführung und Ausweitung der Veranstaltungen zu diesem Problemfeld plane. Konkrete Zusagen bezüglich der verschiedenen Anliegen der Verbandsvertreter konnte er jedoch leider nicht machen.

Insgesamt war der Gesundheitstag ein riesiger Erfolg, sowohl für die Organisatoren als auch für die Teilnehmer. Die überwältigende Anzahl an interessierten Lehrkräften stärkt das Anliegen der Arbeitsgemeinschaft TOP, die an diesem Tag ihre vielfältigen Fortbildungsangebote für das Schuljahr 2003/04 einem breiten Publikum vorstellte. Die Teilnehmer konnten neben der Gewissheit, dass das Problemfeld „Lehrergesundheit“ vom Dienstherrn ernst genommen wird, auch viele hilfreiche Erkenntnisse und konkrete Tipps zur besseren Bewältigung ihrer beruflichen Belastungen mit nach Hause nehmen.

Gestärkt durch solche Veranstaltungen wird es uns hoffentlich leichter fallen, die Belastungsspirale zu durchbrechen und Freude an unserem Beruf zu haben. *Bernhard Gissibl*

### Bezirksverband Oberbayern

#### Fortbildung und Delegiertenversammlung

##### Fortbildung: KZ-Gedenkstätte Dachau

Bei strahlendem Herbstwetter führte der Bezirksverband Oberbayern eine ganztägige fächerübergreifende Fortbildungsveranstaltung für Fachbetreuer und Lehrer der Fächer Deutsch, Ethik und Sozialkunde durch. Die

**Interessiert folgten die Lehrkräfte den Ausführungen von Horst Grünewald zur KZ-Gedenkstätte.**



dreißig Teilnehmer waren begeistert. Nach einem Einführungsvortrag in der Berufsschule Dachau führte unser Verbandsmitglied Horst Grünewald durch die KZ-Gedenkstätte. Kollege Grünewald ist der letzte Berufsschullehrer, der noch an der Gedenkstätte eingesetzt ist und der speziell auf Berufsschüler zugeschnittene Führungen anbietet.

Die Führungen durch Lehrer anderer Schularten treffen meist nicht die Mentalität des Berufsschülers. Eine Anmeldung speziell für eine Führung durch Horst Grünewald stellt sicher, dass auf die Interessen unserer Schüler eingegangen wird. Eine Führung dauert ungefähr zweieinhalb Stunden. Die Anmeldung sollte rechtzeitig erfolgen, da die Gedenkstätte immer auf Monate im Voraus ausgebucht ist.

Über die Internetadresse: [www.gedenkstaettenpaedagogik-bayern.de](http://www.gedenkstaettenpaedagogik-bayern.de) erhält man Material und Hinweise zum Besuch. Der Besuchskalender zeigt, welche Termine noch nicht ausgebucht sind. Neben der Information über die Förderung von Besuchen kann man sich auch das Formular für den Zuschussantrag ausdrucken. Eine rechtzeitige Planung ist schon deshalb erforderlich, weil der Zuschussantrag mindestens drei Wochen vor Fahrtbeginn vorliegen muss. Kollege Grünewald gibt gerne weitere Auskünfte.

##### Delegiertenversammlung

Nach der Begrüßung durch den Hausherrn der Berufsschule Dachau, Kurt Ungar, übernahm der neue Bezirksvorsitzende Rudi Keil die Leitung der

Versammlung. Auf besonderes Interesse stießen die Berichte aus den Personalräten und dem Hauptvorstand.

Es gilt als sicher, dass in 2004 das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld auf 60% eines Dezembergehalts abgesenkt wird. Die finanzielle Lage des Freistaates wird als „sehr prekär“ bezeichnet: Zuschüsse und Fortbildungen müssen eingeschränkt werden und es ist kaum noch Geld für nebenberufliche Lehrkräfte vorhanden.

Die Lehrerversorgung in diesem Schuljahr ist an Berufsschulen besser als an den FOS und BOS. Als Grund wird genannt, dass der Zuwachs an Berufsschülern geringer ausgefallen ist als gedacht, die FOS/BOS dagegen einen starken Schüleranstieg zu verzeichnen hatten. Im nächsten Schuljahr wird es schwierig, wenn nicht unmöglich, die planmäßig ausscheidenden Lehrer durch Neueinstellungen zu ersetzen.

Der Hauptpersonalrat bearbeitet die neuen Beurteilungsrichtlinien. Der Rohentwurf ist noch unter Verschluss, bis er mit dem Ministerium abgestimmt ist. Neu ist insbesondere, dass keinerlei Richtwert vorgegeben wird. Die Richtlinien werden bekannt gemacht, sobald sie spruchreif sind. Die Verbandmitglieder werden schon heute aufgerufen, sich dann an der Diskussion zu beteiligen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Der derzeit laufende Beurteilungszeitraum läuft noch nach den alten Richtlinien. Unterrichtsbesuche sind bereits jetzt jederzeit möglich. Neben

der Regelbeurteilung durchgeführte Anlassbeurteilungen fallen nicht in den Schulschnitt.

Es hat Ärger hervorgerufen, dass die Altersermäßigung gestrichen wird, wenn Altersteilzeit in Anspruch genommen wird. Der Bayerische Beamtenbund hat Musterklagen entworfen. Wer Klagen möchte, soll Kontakt mit dem Verband aufnehmen. Der VLB empfiehlt den Betroffenen, Widerspruch einzulegen. Das entsprechende Formular kann von der Internetseite des VLB als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Bisher wurde man zuerst Schulleiter und anschließend entsprechend geschult. Das soll anders werden. Potenzielle Schulleiter werden in Zukunft geschult, bevor sie als Schulleiter eingesetzt werden. Wer Chef werden möchte, soll sich um den rechtzeitigen Besuch der Lehrgänge kümmern.

Die „Bildung von Kompetenzzentren“ läuft jetzt unter dem Namen „Berufsschulstrukturreform“. Die Gespräche mit den Kammern und Verbänden laufen bereits.

Im Frühjahr 2004 finden Neuwahlen statt. Die Wahl des Bezirksvorstands von Oberbayern ist für den 23.04.2004 in München geplant. Die Wahl der Kreisvorstände muss bis dahin erfolgt sein. *Wieland Schöne*

## KV Würzburg

### Mitgliederversammlung

Schon traditionell lud der Kreisvorsitzende Siegfried Nees zur Mitgliederversammlung der Würzburger VLBler in die Kickers Vereinsgaststätte Anfang November ein. Angesichts der aktuell anstehenden Probleme, die uns Lehrern an beruflichen Schulen derzeit bedrücken, hätte sich der Kreisverband einen regeren Zuspruch gewünscht. Die stellvertretende Kreisvorsitzende Ingrid Reinwald konnte dennoch eine stattliche Zahl von Mitgliedern begrüßen und verwies in ihrem Eingangsstatement auf die Veränderungen, die sich im Personalvertre-

tungsbereich in Unterfranken ergeben haben.

Kollege Klaus Wiederer von der Staatlichen Berufsschule Kitzingen tritt die Nachfolge von Wolfgang Lambl an, der in Zukunft als Hauptpersonalrat in München die Belange der Lehrer an beruflichen Schulen vertritt. Der frischgebackene Hauptpersonalrat fand trotz der nun noch intensiveren zeitlichen Belastung den Weg zu der Veranstaltung und informierte die Mitglieder des Würzburger Kreisverbandes in einem kurzen Vortrag über die geplanten Veränderungen im Beamtenrecht. Im Anschluss daran übertrug der Vorsitzende des Würzburger Personalrats Rainer Zänglein die Informationen auf die Si-

tuation der Stadt Würzburg. Es wurden Themen behandelt wie Arbeitszeiterhöhung, Altersteilzeit, dienstliche Beurteilung und ein geändertes Versorgungsgesetz.

Abgerundet wurde der Abend durch eine Diskussion über Visionen zur zukünftigen Situation der dualen Ausbildung mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Armin Ulbrich.

*Alexander Reiser*

**Zum Vormerken:  
Pfingstfahrt des BV Unterfranken  
Frühling in Flandern  
Termin: 30. 5. – 5. 6. 2004  
Näheres in Heft 01/2004**

## Referate und Fachgruppen

### Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs in Regensburg: Nachlese zu den Arbeitskreisen

Nachfolgend finden Sie in kurzgefasster Version die Ergebnisse der Workshops, die anlässlich der Fachbereichstagung der Kaufleute im VLB in Regensburg stattfanden.

#### AK Automobilkaufleute

Kollege Eduard Procher hatte sich als Referent zur Verfügung gestellt und in einer 12 Punkte umfassenden Tagesordnung alle Problemfelder dargestellt, die sich derzeit bei der Ausbildung von Automobilkaufleuten erge-

ben. Unter den aus anwesenden Lehrkräften, die aus allen Regierungsbezirken gekommen waren und den Vertretern von zwei örtlichen Autohäusern entwickelten sich ein interessanter Gedankenaustausch und eine rege Diskussion. Als wesentliche Ergebnisse wurden die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Stundentafel und die Aufforderung zur verstärkten Eigeninitiative bei der Organisation von überregionalen Fortbildungsveranstaltungen herausgestellt.

*Andreas Reinlein*

Angeregt wurden im AK Automobilkaufleute die aktuellen Problemfelder diskutiert.





Wo geht's lang mit den Prüfungen? Diskussion im AK Berufsfachschulen.

## AK Berufsfachschulen

### Die neue Prüfungsordnung für die Berufsfachschulen für kaufmännische Assistenten

Mit Beginn des Schuljahres 2002/03 traten an den zweijährigen Berufsfachschulen für kaufmännische Assistenten neue Lehrpläne in Kraft. Diese Lehrpläne wurden von der Lehrplankommission bewusst als sogenannte offene Lehrpläne konzipiert, die es den Schulen ermöglichen, je nach regionalen Gegebenheiten unterschiedliche Schwerpunkte in einzelnen Fächern zu setzen.

Als logische Konsequenz hieraus war es der Wunsch der Lehrplankommission, dass die Abschlussprüfungen weitgehend dezentral, d. h. von den Schulen selbst erstellt werden.

Die neue Prüfungsordnung, die ab dem Schuljahr 2003/04 gilt, trägt diesem Wunsch nur zu einem geringen Teil Rechnung.

Arbeitskreisleiter Einar Kerler wies zunächst auf die generelle Problematik einer zentralen Prüfung bei offenen Lehrplänen hin und nannte als Problemfelder im speziellen Fall die Prüfungsfächer

- Beschaffung, Produktion und Absatz,
- Rechnungswesen, Finanzierung und Controlling sowie
- IT-Systeme, die bei offenen Lehrplänen zentral geprüft werden.

KM-Vertreter Bauer erwiderte darauf, dass wegen der Vergleichbarkeit der Ergebnisse eine zentrale Prüfung in den genannten Fächern nötig sei. Außerdem hätten viele Schulen eine zentrale Prüfung gewünscht. Ein in der Lehrplankommission diskutierter

Vorschlag, dass fünf Schulen Aufgaben entwerfen und fünf andere Schulen dann auswählen, sei bei insgesamt 10 Schulen nicht zu verwirklichen, da das Ergebnis zu sehr verwässert wird.

In weiteren Diskussionsbeiträgen stellte sich als Hauptproblem heraus, dass die Lehrkräfte sehr verunsichert sind, da sie nicht wissen, wie tief sie – im Hinblick auf die zentrale Prüfung – in einzelnen Stoffgebieten gehen sollen.

Bauer verwies darauf, dass in Dillingen vom 17. 12. bis 19. 12. 2003 eine Fortbildung zu den neuen Lehrplänen angeboten ist (Heft 65/Nr. 357).

AK-Leiter Einar Kerler schlug vor, diese Fortbildung inhaltlich so umzustellen, dass zu den genannten Prüfungsfächern mit zentraler Abschlussprüfung Prüfungsschwerpunkte bzw. Abgrenzungen in der Tiefe des Prüfungsstoffes erarbeitet werden. Er sei sich sicher, dass der Kurs dann regen Zuspruch finden wird. Die bislang bestehende Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen könnte behoben werden. Bauer griff diesen Vorschlag auf. Er werde in Dillingen die Annullierung des Kurses stoppen und die Regierungen telefonisch bitten, die Schulen auf die Wichtigkeit dieser Fortbildung hinzuweisen.

Hinsichtlich der Organisation der zentralen Prüfungen führte Bauer aus, dass diese Aufgaben komplett an eine Regierung delegiert werden, bzw. an zwei Regierungen, wenn in einem Regierungsbezirk nur eine Berufsfachschule ansässig ist.

Für 2004 ist Oberbayern für die gesamte Organisation zuständig, für 2005 die Oberpfalz.

Die Erstellung der zentralen Prüfungen ist für 2004 wie folgt geregelt:

- IT-Systeme: Oberbayern
- Beschaffung, Produktion und Absatz: Niederbayern und Oberpfalz
- Rechnungswesen, Finanzierung und Controlling: Unterfranken

Mittelfristig ist für die Erstellung der zentralen Prüfung ein rollierendes System zwischen Fächern und Regierungsbezirken vorgesehen.

*Einar Kerler*

## AK Büroberufe

Im derzeit noch gültigen Lehrplan für Büroberufe soll der Unterricht an einer für ihre Aufgabe spezifischen Pädagogik ausgerichtet sein, die Handlungsorientierung betont. Die theoretischen Grundlagen und die Erkenntnisse müssen praxisorientiert vermittelt werden und zum beruflichen Handeln befähigen. Dabei spielen konkrete Handlungssituationen und Simulationen eine wichtige Rolle. Die Lehrpläne für Büroberufe wurden deshalb problemorientiert aufgebaut, um einen handlungsorientierten Unterricht zu ermöglichen.

Im Arbeitskreis Büroberufe ist eine solche handlungsorientierte Unterrichtseinheit zum Thema „Angebot“ von Andrea Holzinger (BS Fürth) vorgestellt worden. Die Lehrkräfte in Fürth und anderen Berufsschulen praktizieren nun schon jahrelang mit Erfolg diese Form von Unterricht. Besonders zu erwähnen wäre hier, dass man konkret mit einer Firma zusammenarbeitet und auch reale Lieferanten mit einbezogen werden. Referentin Andrea Holzinger stellte die These auf, dass diese Art von Unterricht oft schneller abläuft und der Lernerfolg jederzeit mit dem herkömmlichen Unterricht vergleichbar ist.

Im zweiten Teil des Arbeitskreis-Programms wurden aktuelle Probleme des Berufsschulalltags diskutiert. Schwierig ist die Integration von Umschülern, die im laufenden Schuljahr in die Berufsschule eintreten oder lückenhafte Vorkenntnisse mitbringen. Kritisch betrachtet werden muss auch die Punktvergabe bei der Informationsverarbeitungs-Abschlussprüfung der IHK, die viel zu großzügig ausgelegt ist und damit zu sehr guten Noten

verhilft, die dann allerdings nicht mehr aussagefähig sind. Weiterhin wurde angeregt, dass von der IHK ein Befehlskatalog zur Software „Excel“ an die Berufsschulen verteilt werden soll, damit die Lehrkräfte wissen, welche Standardbefehle in der Abschlussprüfung gefordert sind. *Paul Beetz*

### AK Fachoberschule

#### Das neue Schuldrecht im Rechtslehreunterricht

Dr. Helgard van Hüllen gab den Workshop-Teilnehmern einleitend einen Überblick über die zum 01. 01. 2002 in Kraft getretenen Änderungen im Schuldrecht. Als Lehrbuchautorin, die langjährige Erfahrung im FOS-Rechtslehreunterricht hat und auch in der Lehrerfortbildung engagiert ist, konnte sie mit dem wünschenswerten Bezug zur Unterrichtspraxis auf die Fragen und Anliegen der Teilnehmer eingehen.

Mit Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Schularten des beruflichen Schulwesens erörterte Dr. van Hüllen in der Kürze der verfügbaren Zeit folgende Aspekte des neuen Schuldrechts: Übernahme von Einzelgesetzen in das BGB, Reform des Rechts der Leistungsstörungen, Reform des Verjährungsrechts, Änderungen im Schadensersatzrecht, neue BGB-Definitionen der Begriffe „Verbraucher“ und „Unternehmer“.

Die Referentin stellte den Workshop-Teilnehmern Materialien zur Verfügung, in denen die teilweise recht komplizierten Neuerungen des Schuldrechts in geraffter Form dargestellt und mit praktischen Fällen veranschaulicht sind. *Hansjörg Bosch*

### AK Finanzberufe

#### Flexibilisierung der Stundentafel in Bankfachklassen

Grundsätzlich ist festzustellen, dass seitens des Kultusministeriums an eine Überarbeitung bzw. Fortschreibung der vorläufigen Lehrplanrichtlinien nicht gedacht ist.

Die Anwendung des KMS Nr. VII/5 – S9400 – 13/63900 vom 26.07.1999 „Maßnahmen zur Erweiterung des Gestaltungsfreiraumes an beruflichen Schulen“ und der Be-

kanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 30. September 2003 Nr. III.2 – S5 4640-6.54 305 „Innovation im Schuljahr 2003/2004 – Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen“ bieten jedoch tatsächlich Gestaltungsfreiräume bei der Unterrichtsplanung hinsichtlich einer pädagogisch und methodisch/didaktisch notwendigen Flexibilisierung der Stundentafel.

Beim Einzeltagesunterricht, und die Tendenz geht teilweise in diese Richtung, besteht demnach die Möglichkeit, die Lerninhalte der Fächer „Rechnungswesen und Controlling“ und „Geld- und Vermögensanlage“ jeweils auf die 11. Jahrgangsstufe und 12. Jahrgangsstufe zu verteilen. Eine Maßnahme, die der hohen Vergessensquote der Schüler bis zur Abschlussprüfung effektiv entgegenwirken kann.

Bei der Unterrichtstageseinteilung in der 11. und 12. Jahrgangsstufe wäre jeweils folgendes Organisationsmodell denkbar und möglich: Wechsel von eintägigem Unterricht in der einen Woche (9 Unterrichtsstunden) und zweitägigem Unterricht in der folgenden Woche (1. Tag 9 Unterrichtsstunden, 2. Tag 8 Unterrichtsstunden). Auf diese Weise kann vor allem auch den Defiziten bei den Zeitrichtwerten einiger Lernfelder Rechnung getragen werden. Ein Vergleich der Summe der Zeitrichtwerte für den Blockunterricht und der Summe der Zeitrichtwerte für den Einzeltagesunterricht beweist eindeutig die Defizite beim Einzeltagesunterricht und bestätigt die Tatsache, dass die Lehrplankommission bei der Formulierung der vorläufigen Lehrplanrichtlinien als Vorgabe den Blockunterricht hatte.

Beim Blockunterricht wird laut Stundentafel das Fach „Geld- und Vermögensanlage“ ausschließlich in der 11. Jahrgangsstufe und das Fach „Kreditgeschäft“ ausschließlich in der 12. Jahrgangsstufe erteilt. Auch hier wäre eine Verteilung der Unterrichtsstunden auf die Jahrgangsstufen 11 und 12 ausgesprochen sinnvoll und vor allem auch realisierbar.

Bei allen Maßnahmen muss stets beachtet werden, dass die Vermittlung

der Lerninhalte, die für das Ablegen der Zwischenprüfung notwendig sind, gewährleistet bleibt.

#### Vorstellung des Projektes „So funktioniert mein Konto“

Ein Buch zum Lesen und Lernen, vor allem für lernbehinderte Jugendliche. Es schildert die Geschichte vom Christian, der sein erstes Konto errichtet und danach Schritt für Schritt die Nutzungsmöglichkeiten dieses Kontos kennen lernt.

Erdacht und erstellt wurde dieses Buch von Schülerinnen und Schülern einer Bankfachklasse der Staatlichen Berufsschule III Bamberg.

Die Vorstellung des Projektes erfolgte durch den betreuenden Lehrer und unserem Fachgruppenmitglied Heinz Rotermund im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation.

### AK Fremdsprachen

Der Arbeitskreis Fremdsprachen beschäftigte sich in Regensburg mit dem Thema „Zertifizierung von Fremdsprachenleistungen in der Berufsbildung“. AK-Leiter Walter Christ stellte in seinem Referat die Ziele des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für das Lernen und Lehren von Sprachen (GER) vor. Der Referenzrahmen ist ein von allen Staaten Europas getragenes Konzept für das Sprachenlernen in Europa im 21. Jahrhundert. Auf seiner Grundlage hat die Kultusministerkonferenz (KMK) eine berufsbezogene Fremdsprachenprüfung für Auszubildenden entwickelt. Die Prüfung wird in den Bundesländern praktisch umgesetzt und in Bayern seit fünf Jahren für die verschiedenen Ausbildungsberufe auf den Niveaustufen I (Waystage = A2), II (Threshold = B1) und III (Vantage = B2) angeboten. Mit dem Referenten waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises einig, dass die Qualität dieser in Bayern angebotenen Prüfung kaum Wünsche offen lässt.

Die Teilnahme an der aus einem schriftlichen und mündlichen Teil bestehenden Prüfung erfolgt auf freiwilliger Grundlage. Die Prüfungsdurchführung (Korrektur der schriftlichen Prüfung, Abnahme der mündlichen

Sprechfertigkeitprüfung) obliegt den Englisch-Lehrkräften der Berufsschulen. Es handelt sich hier um eine zusätzliche Tätigkeit, da an den Berufsschulen insbesondere bei der Unterrichtsorganisation nach dem Blockmodell der Unterricht bis Ende Juli voll erteilt wird. Die Fachgruppe hat diskutiert, wie die große zeitliche Belastung der Lehrkräfte aufgefangen werden kann. Folgende Möglichkeiten wurden genannt: Gewährung einer Anrechnungsstunde für die zusätzliche Prüfungstätigkeit, Freistellung der Englisch-Lehrkräfte von der Mitwirkung bei der IHK-Prüfung, besondere Vergütung für die Prüfungstätigkeit. Es wurde gefordert, dass eine Prüfungsgebühr erhoben wird, wie das bereits bei der IHK-Englischprüfung Zusatzqualifikation für Auszubildende der Fall ist. Dadurch könnte erreicht werden, dass sich zu der Zertifikatsprüfung wirklich nur ernsthafte Interessenten melden, die ihre besonderen Englischkenntnisse zertifizieren lassen möchten. Zur Zeit ist die Anmeldung zur Prüfung für die Auszubildenden völlig folgenlos, auch wenn sich zeigt, dass die für das Bestehen der Prüfung notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse überhaupt nicht vorhanden sind. Die aus der Prüfungsgebühr resultierenden Einnahmen könnten auch dazu verwendet werden, dass die Prüfer für ihre Tätigkeit angemessen entschädigt werden. Der Vorstand des VLB wird gebeten, die Einführung einer Prüfungsgebühr zu beantragen. Die Höhe der Gebühr, das Inkasso und die Verwaltung bedürfen einer landeseinheitlichen Regelung durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Walter Christ

### AK Handelsberufe

Im voll besetzten Studio trafen sich ca. 25 Lehrkräfte aus praktisch allen Regierungsbezirken.

Besonders begrüßen Fachgruppenleiter Gerhard Hacker Günter Grunick von der Akademie Dillingen, Walter Rezac von der Regierung von Mittelfranken, den Schulleiter (und „geistigen Vater“ des unten beschriebenen Einzelhandelsmodells) Josef

Stieß auf starke Resonanz – das Regensburger Modell für den Einzelhandel. Im Bild Dritter von links: AK-Leiter Gerhard Hacker.



Bezold sowie (zeitweise) den stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden Armin Ulbrich begrüßen.

### „Das Regensburger Modell“ für den Einzelhandel.

#### Die Verkaufspersönlichkeit

Konrad Danner erläutert mit seinen Kollegen Angela Höchstetter und Günther Nußstein sehr anschaulich und überzeugend die Rahmenbedingungen für Unterricht im Bereich Einzelhandel in Regensburg. 70.000 DM der RID-Stiftung ermöglichen 1997 den Einbau hochwertiger Einrichtungen. Damit kann eine 10 Jahre alte Idee verwirklicht werden. Ziel ist es, die Schüler/innen als Verkaufspersönlichkeiten zu entwickeln.

#### Die Arrangements

Besonderheiten sind u. a. die Bildung von Leistungsklassen seit dem letzten Schuljahr, Förderkurse im Bereich Rechnungswesen, Lehrerfortbildungen (über die RID-Stiftung) und Projekttag z. B. zu Merchandising, Sortimentspolitik.

#### Die Präsentation der Ware

Es fällt auf, dass in dem Warenverkaufskunderraum (RID-Studio) keine Warenregale existieren. Danner und sein Team erläutern dazu, dass die Schüler/innen ihre Waren selbst mitbringen. Die Vorteile liegen auf der Hand: die Schüler müssen die Ware selbst auswählen, die Ware ist stets aktuell, die Schüler identifizieren sich mit der Situation, die Ausbilder werden mit eingebunden. Bei problematischen Waren können die Präsentationen auch in den Betrieben oder auf dem Schulhof stattfinden. Selbst der

kritische Bereich Lebensmittel kann damit erfolgreich bewältigt werden.

### Die Leistungsbeurteilung

In den 3 Ausbildungsjahren werden, ausgenommen im ersten Halbjahr der 10. Klasse, nur mündliche Leistungsnachweise gefordert, weil „man Warenverkaufskunde nicht schriftlich abfragen kann“. Grundlagen für die Bewertung sind Beobachtungsbogen (mit zunehmender Differenzierung, z. B. Körpersprache, Blickkontakt, Warenkenntnisse, Argumentationstechniken etc.) und Videoaufzeichnungen, die für ein Jahr archiviert werden. Ein Schüler beurteilt die Präsentation seines Mitschülers. Die Notizen werden mit den Aufzeichnungen der Lehrkraft verglichen und daraus wird die Note ermittelt.

Die gesetzte Zeit reichte nicht aus, um alle Aspekte umfassend zu diskutieren. So konnte an diesem Samstag nur dieser TOP mit dem hoch aktuellen Thema und den sehr überzeugenden Erfahrungen der Lehrkräfte behandelt werden. Gerhard Hacker bedankte sich bei den Vortragenden für die sorgfältige Vorbereitung der Thematik.

Gerhard Hacker

### AK Informationsverarbeitung

Lehrkräfte in IT-Berufen haben wegen der sehr schnell wechselnden Inhalte einen sehr hohen Fortbildungsbedarf. Mitarbeiter des ISB zeigten zwei Möglichkeiten auf, diesen zeitnah zu decken.

Harald Faik präsentierte die Ergebnisse eines Modellversuchs, der im September 2003 gerade abgeschlossen wurde. Als optimale Form für IT-Fortbildungen haben sich Module heraus-

gestellt, die aus einer Fachfortbildung und einem Workshop bestehen, der mit etwas zeitlichem Abstand folgen sollte. Bei der Fachfortbildung wird theoretisches Wissen durch einen praxiserfahrenen Referenten vermittelt. Im Workshop wird dieses Wissen in Teamarbeit an einem konkreten Projekt umgesetzt.

Edgar Sailer stellte mit [www.it-open.de](http://www.it-open.de) die Internet-Adresse des ISB für IT-Lehrkräfte vor, die folgendes bietet:

- Eine sehr umfangreiche Sammlung von IT-Unterrichtseinheiten, die heruntergeladen werden dürfen.
- Alle bayerischen IT-Schulen sind dort zusammengestellt.

Mit einer Online-Umfrage bei allen bayerischen IT-Schulen hat das ISB deren aktuelle Fortbildungsbedarfe ermittelt. Diese werden dann umgehend durch Veranstaltungen in Dillingen und regionale Fortbildungen gedeckt.

*Roman Ferstl*

### AK Lehrerbildung

Der neue Seminarvorstand in Nordbayern, Bernd Büttner, stellte sich kurz vor und erläuterte die wesentlichen Änderungen in der LPO II in der Fassung vom 4. August 2003, veröffentlicht im Internet unter [www.km.bayern.de/km/recht/LPO2/start.html](http://www.km.bayern.de/km/recht/LPO2/start.html) bzw. im GVB I S.590. Die Anweisungen zum Vorbereitungsdienst (ZALB) und zur zweiten Staatsprüfung (LPOII) für das Lehramt an Berufsschulen lagen noch nicht für die Allgemeinheit vor, aber Andrea Reuß vom Kultusministerium und die anwesenden Seminarvorstände konnten mit konkreten Auskünften dem großen Informationsdefizit der anwesenden Kolleginnen und Kollegen, die überwiegend an den Seminar- und Einsatzschulen Referendare betreuen, abhelfen.

Die neue LPO II enthält grundlegende Änderungen gegenüber der bisherigen Prüfungspraxis, die lebhaft diskutiert wurden:

- Die dritte Lehrprobe ist für das Lehramt an Berufsschulen als mehrstündige Unterrichtseinheit durchzuführen.
- Statt der Klausur findet ein Kollo-

Präsentierte sich zum ersten Mal beim VLB – Bernd Büttner, neuer Seminarvorstand Nordbayern.



quium statt: konfrontiert mit einer konkreten Situation kann der Referendar 30 Minuten unter Aufsicht eine pädagogisch-psychologische Analyse vorbereiten, darauf basierend soll er dann ca. 10 Minuten Handlungsmöglichkeiten des Lehrers darlegen, dem schließt sich ein vertiefendes Gespräch von weiteren 20 Minuten an.

- Das Gutachten gegen Ende des Vorbereitungsdienstes benotet Unterrichtskompetenz, Erzieherische Kompetenz sowie Handlungs- und Sachkompetenz mit der Gewichtung 3:3:2.
- Die Gesamtnote wird gebildet aus den Durchschnittsnoten des Gutachtens, der Lehrproben, der Noten des Kolloquiums, der schriftlichen Hausarbeit und der mündlichen Prüfung mit der Gewichtung 5:4:1:1:2.

Das bisherige Problem bei der Hausarbeit, ob das Thema an der Einsatzschule realisiert werden kann, besteht weiterhin. Hinzu kommt neuer Klärungsbedarf, wenn die Lehrprobe in Form der mehrstündigen Unterrichtseinheit Inhalt der Hausarbeit ist. Die Seminarlehrer sind nun gefordert, Situationen für das Kolloquium und Kriterien für die Bewertung zu erarbeiten, um mehr Transparenz zu schaffen.

Ein weiteres Diskussionsthema lieferten die Entwicklungstendenzen an den Hochschulen, Bachelor und Master als Abschlüsse einzuführen. Alle Teilnehmer des Arbeitskreises waren sich einig, dass die große Nähe zum Studium der Diplom-Kaufleute/Volkswirte an der Universität die hohe fachliche Qualifizierung der Di-

plom-Handelslehrer gewährleistet und in Verbindung mit der Wirtschaftspädagogik und/oder dem Studium eines Zweitfachs die Diplom-Handelslehrer für ein breites Einsatzgebiet in Schule und Wirtschaft befähigt. Dieses „Erfolgsmodell“ der Lehrerbildung darf nicht ruiniert werden, vor allem nicht seine Basis, die Ausbildung an der Universität im engen Verbund mit den Diplom-Kaufleuten/Volkswirten. *Margareta Rohleder*

### AK Senioren

Siehe Seite 32.

### AK Textverarbeitung

Im Arbeitskreis wurde der Einsatz der Fachlehrer an der Berufsschule in Lernfeldern und im Fach Informationsverarbeitung sowie der Einsatz an Wirtschaftsschulen im Fach Datenverarbeitung diskutiert.

Als Ergebnis wurde festgehalten, dass der Einsatz insgesamt als problematisch zu sehen ist. Einen Ausweg sah man, dass in Ansbach die ersten Fachlehrer auf ihr künftig veränderte Lehraufgabe vorbereitet werden.

*Siegbert Ulbrich*

### AK Wirtschaftsschule

#### Aktuelles zu Wirtschaftsschulen

Zum ersten Mal findet vom 20. bis 28. März 2004 eine Übungsfirmenmesse der bayerischen Wirtschaftsschulen in Regensburg statt. Es ist sehr erfreulich, dass 43 Übungsfirmen bereits zugesagt haben, mit Ständen an der Messe teilzunehmen. Eine konkrete Ausschreibung geht demnächst den Schulen zu. Diese Maßnahme ist Ausdruck der hohen praktischen Orientierung der Wirtschaftsschulen. Nicht zuletzt



Gut besucht wie immer – der AK Wirtschaftsschule.

ist dies mit ein wichtiger Grund, dass die Absolventen von Wirtschaftsschulen – trotz schwieriger Verhältnisse am Ausbildungsmarkt – auch dieses Jahr wieder sehr gut vermittelt werden konnten und Jugendarbeitslosigkeit unter den Absolventen i. d. R. kein Thema ist.

Trotz eines richtungsweisenden Beschlusses im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des bayerischen Landtags am 26. Juni 2003 wird weiterhin an der Deckelung der 4-stufigen staatlichen Wirtschaftsschulen festgehalten. Dies trotz der mittlerweile oft belegten Tatsache, dass durch die 4-stufige Wirtschaftsschule keine Gefahr für die umliegenden Hauptschulen entsteht. Die Folge ist, dass viele Wirtschaftsschulen geeignete Bewerber abweisen mussten.

Erfreulich dagegen ist, dass das Kultusministerium im Bereich der staatlichen 2-stufigen Wirtschaftsschulen die Bildung zusätzlicher Klassen ermöglichte und weiter durch zwei Maßnahmen an städtischen Schulen in München und Nürnberg insgesamt 6 Klassen zusätzlich finanzierte. Jedoch konnten bayernweit auch bei diesem Schulzweig nicht annähernd alle interessierten Schüler untergebracht werden.

### Neue mündliche Abschlussprüfung im Fach Englisch an Wirtschaftsschulen

Seit letztem Schuljahr liegt den Abschlussprüfungen im Fach Englisch an Wirtschaftsschulen ein neues Konzept zugrunde, das den mündlichen Aspekt des Fremdspracherwerbs deutlich in den Vordergrund stellt. So wurden in der Prüfung 2002/03 verstärkt die rezeptiven Fähigkeiten abgeprüft

(Listening / Reading Comprehension); ab dem Schuljahr 2003/04 wird die Prüfung durch eine neue mündliche Gruppenprüfung ergänzt, der sich jeder Schüler zu unterziehen hat.

Im Rahmen eines Workshops wurde in Regensburg zunächst noch einmal auf das Gesamtkonzept der neuen Abschlussprüfung eingegangen. Da-

nach stand die neue mündliche Prüfung im Vordergrund, deren Struktur an einem Beispiel erläutert wurde. Auch die Bewertungskriterien (die allen Schulen bereits vorgelegt worden waren) wurden noch einmal angesprochen. Interessant für die Teilnehmer war die anschließende Diskussion über eine mögliche Organisation der Prüfung, den voraussichtlichen Zeitaufwand (der gerade bei größeren Schulen nicht unbeträchtlich ist) und über Probleme der Gruppenzusammensetzung. Ebenso wurden die derzeit gültigen Regelungen zur Gewichtung der Jahresfortgangsnote und der Prüfungsnote dargestellt, die den Schulen einen Freiraum für die endgültige Note im Zeugnis einräumen (WSO § 58 Abs. 1 Satz 5, KMS vom 10. 6. 2003).

*Bernhard Zeller, Klaus Becker*

## Termine

Neuer Termin!

### VLB-Fachtagung

### Bildung von Kompetenzzentren

Der vom Landtag für März 2003 angeforderte Bericht zum Sachstand bei der Bildung von Kompetenzzentren liegt jetzt vor.

Dies ist für den VLB Anlass, das Thema Bildung von Kompetenzzentren erneut aufzugreifen und unter dem Gesichtspunkt der bisher gewonnen Erkenntnisse zu diskutieren

**Termin:** 17. Januar 2004, 10.00 – 15.30 Uhr

**Ort:** Klinikum Ingolstadt

#### Geplantes Programm:

10.00 – 12.00 Uhr

#### Podiumsdiskussion

*Teilnehmer:* Siegfried Schneider, MdL, CSU; Renate Dodell, MdL, CSU  
Marianne Schieder, MdL, SPD; NN, MdL, Bündnis 90 / Grüne  
Hermann Sauerwein, VLB

*Moderation:* Alexander Liebel, VLB

13.30 – 15.00 Uhr

#### Themenorientierte Workshops

15.00 – 15.30 Uhr

#### Resumée, Forderungen des Verbandes

## Studenten

Semesterbeginn WS 2003/04 an der TUM:

### Es gibt ihn noch – den Lehrernachwuchs

**STEFAN WEINZIERL**

Dieses Jahr konnte Dr. Karl Glögger, Leiter des Zentralinstituts für Lehrerbildung an der TU München, zu Semesterbeginn 125 neue Studentinnen und Studenten begrüßen. Voller Erwartung lauschten sie seinen einführenden Worten – bestrebt das Studium best möglich beginnen zu lassen.

Die Erwartungen vieler, die mit der Hoffnung, einen Diplomstudiengang beginnen zu können, angetreten sind, wurden jäh enttäuscht. Durch eine unglückliche Stellungnahme von Prof. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München, in der er das Kooperationsmodell der Uni Eichstätt und der FH Ingolstadt bei der Ausbildung von Lehrern an beruflichen Schulen begrüßte, wurde eine Welle der Verunsicherung losgetreten, die schließlich im Kultusministerium zum einstweiligen Einfrieren der Einführung des Diplomstudienganges führte. Die Lothstraße und der Verband reagierten schnell: Studienbeginner im WS 03/04 können derzeit mit der Option zum späteren Wechsel in den Diplomstudiengang, dessen Einführung zum WS04/05 erwartet wird, ihr Studium aufnehmen. Die Umwandlung der übrigen Erstfächer in einen Diplomstudiengang wird sich dadurch leider ebenfalls um ein Jahr nach hinten verschieben. Vom Verband war zu hören, dass weitere Gespräche mit den Verantwortlichen im Ministerium noch bevorstehen. VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein hat sich der Problematik selbst angenommen.

Von Verbandsseite konnten wir uns bei der Erstsemestereinführung gut positionieren. Nicht zu letzt aufgrund der guten Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Lehrerbildung war es möglich, eine viertelstündige Informationsveranstaltung zum VLB durchzuführen, die unsere Studienanfänger

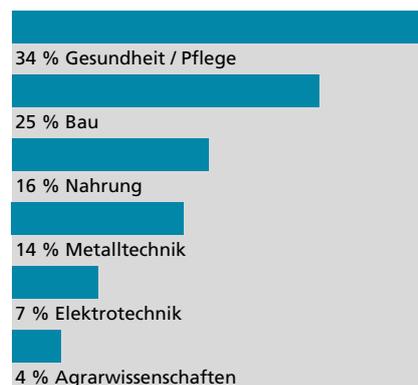
grundlegend über den Verband informierte. Zentraler Anlaufpunkt sind neben der Fachschaft, die den Verband in lobenswerter Weise mit unterstützt, auch die neu gestaltete VLB-Wand geworden, über die auch nicht VLB-Mitglieder erreicht werden sollen.

In einem von der Fachschaft organisierten Rahmenprogramm wurden schließlich den Studenten nicht nur die Örtlichkeiten an den verschiedenen Studienpunkten gezeigt, sondern auch mit den nötigen Informationen zu den einzelnen Erst- und Zweitfächern versorgt.

Ich hoffe, dass unsere neuen Lehramtskandidaten ausgestattet mit all diesen Informationen einen guten Start ins neue Semester haben werden. Viel Glück und gutes Gelingen von Eurem VLB- Sprecher.

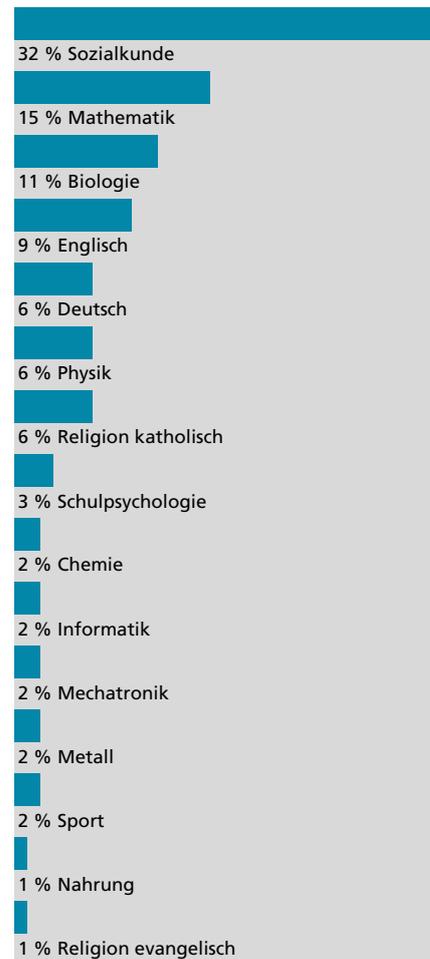
#### Das neue Semester in Zahlen

Wie auch schon in den vergangenen Jahren erfreute sich der Studiengang Gesundheit und Pflege größter Beliebtheit und stellte mit 43 neuen Studentinnen und Studenten die größte Gruppe. Dicht gefolgt vom Erstfach Bautechnik mit 31 und Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaften mit 20 Studienanfängern. Leider bilden, wie auch schon in den Jahren zuvor, Metalltechnik (17), Elektrotechnik (9) und Agrarwissenschaften (5)



die Schlusslichter. Erschreckend in der momentanen Diskussion um die Kooperation der FH Ingolstadt mit der Uni Eichstätt ist die hohe Zahl an Quereinsteigern, die mit 33% eine sehr starke Gruppe bilden. Im überwiegenden Teil wird von diesen Metall- und Bautechnik im Erstfach studiert. Aus dem Bereich der Elektrotechnik gab es keinen Quereinsteiger.

Für das Zweitfach ergab sich folgende Verteilung<sup>1)</sup>:



<sup>1)</sup> Quellenangaben: Statistisches Material aus Erhebungen der Fachschaft (Stand: 21.10.2003). Letzte Änderungen nicht ausgeschlossen.

## Neue Studenten stellen sich vor

Zum aktuellen Studienbeginn wurden 3 Studenten nach ihrem persönlichen Werdegang, der Motivation, sich auf ein Lehramtsstudium einzulassen, und nach den damit verbundenen Erwartungen befragt.



### Bettina, 25, Gesundheit, Pflege und Schulpsychologie, 1. Semester

„Ich habe eine Ausbildung zur Kinderkrankenschwester abgeschlossen und im Anschluss daran in der Krankenpflegeschule gearbeitet, die dem Krankenhaus angeschlossen war. Bei meiner Arbeit mit den Schülern habe ich gute Erfahrungen gemacht. Das hat mich ungeheuer motiviert. Ich wollte das dann professionell machen.“

Der Wechsel vom der Arbeit zum Studium fällt mir nicht leicht. Es ist eben ganz anders. Vor allem mit dem Stundenplan fühle mich etwas überfordert. Ich würde mir hier etwas mehr Hilfe wünschen.“



### Florian, 23, Metall und Sozialkunde, 1. Semester

„Ich war zuerst in der Berufsschule und hab' da meinen Abschluss als Kfz-Mechaniker gemacht. Ich habe dann aber ganz schnell gemerkt, dass mir das zu wenig war – zu wenig Wissen und zu wenig Kohle. Deshalb habe ich dann auf Lehramt weitergemacht.“

Mein erster Eindruck vom Studium ist super. Die Fakultät ist nicht so groß, die Leute hier sind nett und es herrscht eine familiäre Stimmung.“



### Christine, 20, Ernährungs- und Haushaltswissenschaften und Biologie, 1. Semester

„Ich hab eigentlich schon sehr früh gewusst, dass ich Lehrerin werden wollte. Ins Gymnasium wollte ich aber nicht. Na ja und weil ich nebenher immer wieder mal in einer Bäckerei gearbeitet habe, lag es nahe, dass ich mich dann für Berufsschullehramt und da für Ernährungs- und Haushaltswissenschaften entschieden habe.“

Mein erster Eindruck von der Uni ist ganz gut – sehr familiär.“

## Achtung: Letzte Meldungen für die Senioren

*Ausschluss der Versorgungsempfänger von der Einmalzahlung durch das BBV Anpassungsgesetz 2000 – Widersprüche der Versorgungsempfänger bis einschließlich Bes.Gr. A 11 (vgl. akzente H 5/2003 S. 37 f).* Das Bundesverfassungsgericht hat am 14. Okt. 2003 (Begründung liegt erst jetzt vor) den Vorlagebeschluss des VG Hamburg als unzulässig zurückgewiesen. Damit gibt es keine Hoffnung mehr auf Nachzahlung (näheres im nächsten Heft).

*Versorgungsänderungsgesetz 2001 - Zur Rechtswahrung Anträge auf ungekürzte Auszahlung der Versorgungsbezüge (vgl. akzente Heft 6/2003 S. 33 f ggf. Widersprüche vgl. akzente Heft 11/Beiblatt).* Die meisten Finanzdirektionen haben die Anträge anerkannt - die Verfahren unter Verzicht auf die Einrede der Verjährung zum Ruhen gebracht. „Leider wurden die Anträge von (einzelnen) Bezirksdirektionen zum Teil missverstanden ... und teilweise zurückgewiesen, soweit sie die Versorgungsrücklage betrafen (Nr. 2 dieser Bescheide)“ (DBB). Inzwischen ergehen auf diese Widersprüche ablehnende Widerspruchsbeseide. Der Beamtenbund rät nun, nichts weiter zu unternehmen; (wer trotzdem klagt, erhält keinen Rechtsschutz). Der DBB und BRH lassen das Versorgungsänderungsgesetz umfassend (erste und zweite Stufe) anhand von Musterklagen rechtlich überprüfen und beabsichtigen, schnellstmöglich eine verfassungsrechtliche Entscheidung herbeizuführen (Näheres im nächsten Heft).

## Senioren

### Senioren-Beamten-Politik – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Anlässlich der Fachtagung in Regensburg versuchte der VLB-Seniorenbeauftragte Berthold Schuler einer kleinen, aber sehr interessierten Zuhörerenschaft das Thema „Senioren-Beamten-Politik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ durch einige Grundlagen und Leitlinien nahezu bringen: Ohne ihre Kenntnis ist eine objektive Diskussion über Beamte, ihren Sinn, ihre Rechte und Pflichten, nicht möglich – und verengt sich i. d. R. – sehr populistisch auf Beamtenprivilegien.

#### Die Vergangenheit

Grundlagen: Art. 33 GG

(4) „Die Ausübung hoheitlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe i. d. R. Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.“

(5) Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln.<sup>1)</sup>

Art. 95 bayer. Verfassung

... Das Berufsbeamtentum wird grundsätzlich aufrecht erhalten. Art 133 (2) „Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten.“<sup>2)</sup>

§ 70 Beamtenversorgungsgesetz

(1) werden die Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten allgemein erhöht oder vermindert, sind von demselben Zeitpunkt an die Versorgungsbezüge durch Bundesgesetz entsprechend zu regeln.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Kernsatz eins: Das Beamtenrecht ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln. Die Grundsätze sind gesetzlich nicht näher definiert. Deshalb wurde das Bundesverfassungsgericht wiederholt zu Auslegungen gefordert. Einige wichtige Defini-

tions-Entscheidungen: Sie sind ein Kernbestand von Strukturprinzipien, die mindestens in der Zeit der Weimarer Verfassung anerkannt waren; u. a. insbesondere

- die volle Hingabe des Beamten an den Beruf,
- als Gegenleistung die Alimantation des Beamten und die Fürsorgepflicht des Staates,
- das Lebenszeitprinzip das Rückwirkungsverbot,
- der Vertrauensschutz.

Unter Alimantation ist der Grundsatz der „(amts)angemessenen“ Besoldung und Versorgung der Beamten und ihrer Familien zu verstehen. Das Alimantationsprinzip steht bei der Besoldung und Versorgung in engem Zusammenhang mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Sie gebietet, Dienst- und Versorgungsbezüge so zu bemessen, dass sie einen je nach Dienstrang, Bedeutung und Verantwortung des Amtes angemessenen Lebensunterhalt gewährt. Dabei ist die Entwicklung der allgemeinen Lebensverhältnisse angemessen zu berücksichtigen. Mit dem Lebensunterhalt muss gewährleistet sein, dass sich der Beamte ganz dem öffentlichen Dienst als Lebensberuf widmen und in wirtschaftlicher Unabhängigkeit zur Erfüllung der dem Berufsbeamtentum vom Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben beitragen kann.

Damit ist das beamtenrechtliche Versorgungssystem durch die Verfassung garantiert. Es beruht nicht wie die gesetzliche Rentenversicherung auf dem Versicherungs-, sondern dem Versorgungsprinzip. Der Versorgungsanspruch ist aber nicht der Höhe nach garantiert; geschützt ist das überkommene Versorgungsprinzip.

<sup>2)</sup> Kernsatz zwei: „Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben grundsätzlich die Rechte und Pflichten von Staatsbeamten.“

<sup>3)</sup> Kernsatz drei: „Die Versorgungsempfänger sind grundsätzlich wie die Aktiven zu behandeln.“

Diesen Grundsätzen (Kernsätzen) entsprach die Gesetzgebung für das Beamtenrecht cum grano salis bis zum Jahr 2000.

## Die Gegenwart

• Kennzeichnend ist die – u. E. eindeutig verfassungswidrige – Abkehr vom Alimantationsprinzip durch den Dienstherrn.

Die Grundlage: Versorgungsänderungsgesetz von 2001

Erste Stufe: Absenkung des Höchstversorgungssatzes von 75 % auf 71,75 % durch 8-malige Kürzung der im Tarifbereich vereinbarten Bezüge(-Steigerung) ab 2003 bis 2011 (sollte es während der nächsten 8 Jahre Null- oder Minusrunden geben, verlängert sich der Schlusstermin 2011 entsprechend).

Zweite Stufe: Der während der acht Anpassungen ausgesetzte Aufbau der Versorgungsrücklage (.i. 0,2 % pro Jahr bis 3 % erreicht sind, also 15 x = 15 Jahre; bereits 3 x durchgeführt, bleiben noch 12 Jahre) lebt nach Abschluss der 2ten Stufe wieder auf (also bis mindestens 2024!) Summe der Kürzungen durch beide Stufen: 6,33 %.

Nach Durchführung dieser zwei Stufen ist in Verbindung mit zahlreichen anderen bereits beschlossenen oder angedachten Einschränkungen ein Versorgungsniveau erreicht, das m. E. eindeutig nicht mehr amtsangemessen ist.

Erstmals vertritt auch die Bundesregierung – vor allem im Zusammenhang mit der Riester-Rente und ihrem für Beamte geltenden Pendant: „Sie brauchen ein 2. Standbein“ – offen und offensiv diese verfassungswidrige Situation. Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) – in dem wir VLB-Ruhestandsbeamten Mitglied sind – hat mit Unterstützung des Deutschen Beamtenbundes (DBB, in dem wir über den Bayerischen Beamtenbund ebenfalls Mitglied sind) Individualverfassungsklage erheben lassen. Unserer Rechtsversicherung – als all derer, die nicht selbst klagen – dienen die Anträge auf ungekürzte Auszahlung unserer Versorgung.

• Die beschlossene Öffnungsklausel, die es den Ländern gestattet, die Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld / Urlaubsgeld) länderspezifisch zu gestalten, wird in ihren Auswirkungen in Verbindung mit den anderen Abstrichen

ebenfalls gegen das Alimantationsprinzip verstoßen. Bayern wird von dem neuen Recht 2003 noch keinen Gebrauch machen. Für 2004 ist aber bereits (in einem Gesetzentwurf) geplant:

## Weihnachtsgeld

*Aktive:* bis A 11 Kürzung auf 70 %, ab A 12 Kürzung auf 65 %.

*Versorgungsempfänger:* bis A 11 Kürzung auf 60 %, ab A 12 Kürzung auf 56 %.

## Urlaubsgeld

*Aktive:* bis A 8 verbleiben 100 Euro, ab A 9 wird völlig gestrichen.

*Versorgungsempfänger:* pikant: die stärkere Kürzung bei den Versorgungsempfängern wird damit begründet, dass man das Urlaubsgeld nicht wie bei den Aktiven kürzen oder streichen kann – das hat man bei Versorgungsempfängern bereits vor Jahren völlig gestrichen!

• Eklatant wird zur Zeit auch gegen Kernsatz 3 (Gleichbehandlung von Versorgungsempfängern und Aktiven) verstoßen. Zu nennen sind hier z. B.

- Von der Einmalzahlung der Besoldungsanpassung 2000 wurden die Versorgungsempfänger grundsätzlich ausgeschlossen (allerdings auch die Aktiven ab Bes.Gr. A 12).
- Die nicht unerhebliche staatliche Subventionierung des 2. Standbeines für die Altersversorgung wird den Versorgungsempfängern vorenthalten (allerdings versorgungsnahen über 55-jährigen Aktiven auch) – sie werden in die entsprechenden Versicherungen etc. nicht aufgenommen.
- Die (bayerischen) Planungen sehen für nächstes Jahr für die Versorgungsempfänger eine stärkere Kürzung des Weihnachtsgeldes (siehe oben) vor als bei den Aktiven.

## Die Zukunft

Neben der Fortführung der zur Zeit schon wirkenden Spargesetze (u. a. Absenkung der Versorgungshöchstsätze, Aufbau eines Pensionsfonds) sind geplant u. a.

- Nullrunde für Beamte und Pensionisten

- die Erhöhung des Renten-/Pensionsbeginns von 65 auf 67 Jahre (Agenda 2010). Gedacht ist hier nicht in erster Linie daran, dass die Arbeitnehmer/Beamten echt länger arbeiten – das würde ja nur das Arbeitslosenproblem verschärfen – sondern dass bei etwa gleichbleibendem Übergangsalter höhere Abzüge von der Rente/Pension vorgenommen werden können.
- Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung
- Einführung einer neuen Rentenformel mit demographischem Faktor mit renten-/pensionssenkendem Effekt

Prof. Fritz Rürup (Vorsitzender der Rürup-Kommission) hat in einem Interview mit der Berliner Zeitung (Quelle; BRH Monatsschrift „Aktiv im Ruhestand“ Heft 09/03 S. 8) die Summe der Leistungseinschränkungen (vulgo Kürzungen) bei den Renten (bei den Pensionen wird das ähnlich sein) seit 1992 bis 2030 mit etwa 40 % angegeben. Weder die Regierung Kohl noch die Regierung Schröder hatte den Mut, dies den Wählern auch zu sagen!

Weiter und verschärft dürften auch die Bestrebungen zur Entbeamtung der Lehrer verfolgt werden. Alle Parteien – außer CDU/CSU? – verfolgen in unterschiedlicher Intensität – dieses Ziel.

Hauptargument: Der Staat solle/müsse sich auf die Kernbereiche Recht und Sicherheit zurückziehen/konzentrieren- Lehrer braucht man dabei nicht – sie erfüllten keine hochwertigen Aufgaben.

Die öffentliche Diskussion wird wesentlich von dem Argument bestimmt, Lehrer als Angestellte seien für den Staat billiger – ein Argument, das von Gegengutachten entkräftet wird. Das finanzielle Argument greift aber natürlich viel zu kurz. Entscheidend ist: erfüllen Schule und Lehrer öffentliche Aufgaben – dann braucht man Beamte – oder nicht: dann braucht man sie in diesem Status nicht.

In der Vergangenheit hat man – wenn auch nicht unbestritten – Schule und Lehrer in Erfüllung öffentlicher Aufgaben – insbesondere in der Ver-

gabe von Berechtigungen (Lebenschancen) gesehen. Dem entspricht unsere Verfassungswirklichkeit.

Allzu sicher sollte die Verankerung des Lehrers in unserer Verfassung jedoch nicht gesehen werden. Mit entsprechenden Mehrheiten lässt sich bekanntlich auch die Verfassung ändern – unserem GG ist das bereits einige dutzend Mal widerfahren.

Und wie fest ist die Haltung der CDU/CSU? Nach den DBB-Nachrichten Heft 8/9 – 2003 S 136 soll von der CSU bei den Verhandlungen von Bund und Ländern über die Neuordnung und Modernisierung unseres gemeinsamen Staatswesens auf Ministerpräsidentenebene der Gedanke eingeführt worden sein, den Art. 33, Abs. 5 (Regelung des öffentlichen Dienstes nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamten-tums) zur Disposition zu stellen.

Noch eine – ketzerische? – Anmerkung. Es muss gedacht werden dürfen, ob der traditionelle Kampf der Beamten um ihren eigenen Beamtenstatus auf Dauer das richtige Verhalten ist. Dient er nicht der Öffentlichkeit und Teilen auch der Politiker als Beweis dafür, dass die Beamten deshalb kämpfen, weil sie ihre (natürlich unberechtigten) Privilegien verteidigten? Übernehmen da nicht die Beamten eine unpopuläre Uraufgabe des Staates, durch Beamte für die bestmögliche Ordnung des Staates zu sorgen?

*Berthold Schuller*

### **Oberpfälzische Pensionisten unterwegs: Sternfahrt per Bayernticket**

Die Preispolitik der Bahn nutzten die Pensionisten der Oberpfalz zur Herbstveranstaltung am 12. November. Ziel war Nürnberg mit der Ausstellung Faszination und Gewalt im Dokumentationszentrum am Dutzendteich.

Im Abstand von wenigen Minuten führten Züge aus Regensburg, Schwandorf und Weiden 42 Teilnehmer zusammen, pro Bayernticket jeweils fünf für 21 Euro. Und da diese Karte bekanntlich auch noch im inner-

städtischen Verkehr gilt, ging es per Straßenbahn sofort weiter zum Dutzendteich. Dort bot ein etwa 2stündiger Rundgang, visuell und akustisch erläutert durch ein individuell zu bedienendes Audiosystem, nicht nur treffliche Einblicke in die historischen Zusammenhänge und die Art und Weise, wie sich die nationalsozialistischen Machthaber zwischen 1933 und 45 bei den Reichsparteitagen in gigantischer Manier zu profilieren wussten, sondern beeindruckte auch durch die vor Ort noch sichtbaren überdimensionierten Baurelikte aus jener Zeit.

Eine fränkische Schlachtschüssel vereinte danach alle in der Gaststätte „Bahnhof Dutzendteich“. Die gebotenen Gaumenfreuden wurden allerdings „leicht versalzen“ durch die wenig erfreuliche Kunde, die „Hauptpensionär“ Kollege Schuller aus München von der Entwicklung im Versorgungsrecht mitbrachte – wobei er sich der Gefahr, wie in mittelalterlichen Städten mit Überbringern schlechter Nachrichten einst verfahren wurde, durchaus bewusst war. Dass ihm im heutigen Nürnberg stattdessen ein freundlicher Empfang und gute „Atzung“ bereitet wurde, belegte, dass zumindest die Anwesenden das derzeitige Gewölk am Besoldungshimmel „noch“ mit der gebotenen Gelassenheit einordnen können.

Am Spätnachmittag folgte der Gesellschaftsspaziergang „Von der Kaiserburg zum Neuen Museum – 950 Jahre Nürnberg“ vom Verein Geschichte Für Alle. Wiederum per Bayernticket war man bis hinauf zur Burg gefahren. Der weite Blick über die Stadt lohnte den Endanstieg zu Fuß, und die Stadtführerin verstand es beim Gang durch die allmählich dämmrigen Straßen mittelalterliche Sequenzen lebendig werden zu lassen: auf der Burg, vor dem Rathaus, in St. Sebaldus, auf dem Hauptmarkt, beim Hl.-Geist-Spital, im Handwerkerhof. Am Ende setzte die gewaltige Glasfassade des Neuen Museums, aus der die Moderne sich dem Passanten unübersehbar aufdrängt, einen doch sehr spürbaren Kontrapunkt zur eben erlebten romantisch verklärten Sphäre mittelalterlicher Stadtgeschichte.

*Lothar Fischer*

## Personalien

### Seminarvorstand Dr. Wilfried Franz im Ruhestand

Jetzt muss Dr. Franz, ehemaliger Seminarvorstand für den kaufmännischen Bereich am Studienseminar Nordbayern, nicht mehr zu nachtschlafender Zeit aufstehen, um in der 1. Unterrichtsstunde eine Lehrprobe an einer Seminar- oder Einsatzschule am äußersten Rand seines Seminarbezirkes abzunehmen. Jetzt ist Dr. Franz nicht mehr für die Ausbildung seiner weit über 100 Referendare in beiden Ausbildungsjahrgängen verantwortlich. Jetzt muss er nicht mehr die Hauptseminartage gestalten, Lehrproben organisieren und diese als Prüfungsvorsitzender mit der Prüfungskommission bewerten. Jetzt .... Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen, zeigt sie so doch nur einen kleinen Ausschnitt aus den Aufgaben eines Seminarvorstandes.

Bei genauer Betrachtung könnte man den Eindruck gewinnen, dass Dr. Franz froh ist, diese Tätigkeiten nicht mehr ausführen zu müssen. Genau das Gegenteil ist aber der Fall. Er hat seine Aufgaben als Seminarvorstand zu seinem persönlichen Lebensinhalt gemacht und diese daher äußerst ernst genommen. Er hat sie hoch motiviert durchgeführt, immer mit dem Ziel, die Qualität der Lehrerbildung in der 2. Phase zu halten oder zu verbessern. So war es ihm immer ein besonderes Anliegen, die Referendare so auszubilden, dass sie ihren Unterricht gerne und motiviert erteilen und natürlich auch ihre dienstlichen Aufgaben korrekt erledigen.

All diese Ziele und Aufgaben verwirklichte er in den 12 Jahren seiner Tätigkeit als Seminarvorstand hervorragend, zu dem er mit Wirkung vom 1. September 1991 zum Seminarvorstand bestellt worden war. Vorher hatte er nach seiner Lehre als Steuergehilfe das Studium der Wirtschaftspädagogik in Nürnberg mit Prädikatsexamen beendet. Die anschließende



Zeit als Assistent an der Universität Nürnberg konnte er 1973 mit der Promotion mit magna cum laude abschließen und war dann von 1975 bis 1991 Lehrer an der kaufmännischen Berufsschule in Nürnberg.

Bei seiner Tätigkeit als Seminarvorstand ist seine menschliche Wärme besonders hervorzuheben, sein Verständnis für die Probleme seiner Kollegen und Referendare und seine stete Hilfe, die anstehenden Fragen und Probleme korrekt und pragmatisch zu lösen.

Wir wünschen Dr. Wilfried Franz für seinen Ruhestand nun endlich die Zeit, sich mehr um seine Familie kümmern zu können, Hobbys zu entwickeln und reisend die Welt kennen zu lernen. Vor allem wünschen wir ihm eine gute Gesundheit, damit er diese neue Zeit möglichst lange genießen kann!

Da sein Nachfolger, Bernd Büttner, inzwischen sein Amt angetreten hat, wünschen wir diesem einen ebenso großen Erfolg bei seiner Arbeit als Seminarvorstand. *Günther Goldhagen/  
Heiko Pohlmann*

### Bernd Büttner neu im Amt

Der Nachfolger von Dr. Franz, Bernd Büttner, ist im äußersten Nordwesten Bayerns zu Hause. Vor seiner Berufung war er Seminarlehrer I für Wirtschaftswissenschaften an der Staatlichen Berufsschule II in Aschaffenburg. Nach seiner Ausbildung zum Industriekaufmann hängte er noch ein Wirtschaftspädagogik-Studium an. Das Schulleben kennt er durch seine verschiedenen Funktionen (Betreu-



ungslehrer, Fachbetreuer, Personalratsvorsitzender), die er ausübte, bevor Seminarvorstand wurde. Seine Referendare können als von einem reichen Erfahrungsschatz profitieren.

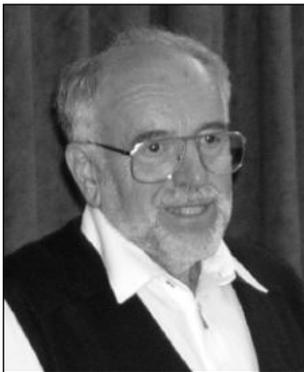
Auch dem VLB ist Büttner seit langem eng verbunden, so dass der VLB durch ihn wieder einen kompetenten Ansprechpartner hat, wenn es um die Belange des Berufsnachwuchses geht.

Der VLB wünscht Bernd Büttner in seinem Arbeitsfeld viel Erfolg und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit. *-rf-*

### Kurt Krumpholz im Ruhestand

Seit 1972 unterrichtete Kurt Krumpholz an der Berufsschule in Friedberg, die er von 1984 – 1995 leitete. Nach dem Zusammenschluss mit der Berufsschule in Aichach wurde er der Leiter der Außenstelle in Friedberg. Als Mann aus der Agrarwirtschaft galt sein Hauptaugenmerk der Förderung und dem Erhalt der landwirtschaftlich-hauswirtschaftlichen Berufe im Landkreis Aichach-Friedberg. Er war aber anpassungsfähig genug, um sich auf neue Berufsgruppen aus den Bereichen Holz und Einzelhandel einzustellen und sich auch für diese Fachbereiche zu engagieren.

Bei der schulinternen Abschiedsfeier bedankten sich die KollegInnen für seine menschliche Art der Personalführung; denn Krumpholz wusste, dass man Menschen nur dann erfolgreich leiten kann, wenn man sie nicht verletzt, ihnen Entfaltungsfreiräume lässt und sie im beruflichen Alltag



„aufrichtet“. In einer eindrucksvollen Feier unter dem Motto: „Eine Reise in den Ruhestand“ verabschiedete sich die Schulgemeinschaft von ihrem Chef und wünschte ihm für den Ruhestand eine schwungvolle, erlebnisreiche, gesunde und vom Herrgott gesegnete Zeit.

Engagiert war er aber nicht nur in seiner schulischen Arbeit sondern auch immer, wenn es um die Interessen des VLB ging. So konnte er viele Mitglieder für den VLB gewinnen, die an seiner Schule den Schuldienst antraten. *Marianne Throm-Geiwagner*

### In memoriam Ernst Wucherer

Ernst Wucherer, Lehrer, Seminarlehrer und zuletzt Schulleiter der Berufsschule für Feinmechaniker an der Deroystraße ist verstorben.

Höflich, zuvorkommend, bescheiden, gutmütig, mit tiefgründigem pädagogischen Wissen, das von humanem Gewissen getragen war. Das sind Auszüge aus seinen Beurteilungen, Attribute, die ihn ausgezeichnet haben. Dr. O. Weiss, Seminarvorstand und langjähriger Wegbegleiter des Verstorbenen überbrachte die Anteilnahme des Schulreferates der Stadt München und des Kultusministeriums und schloss seinen Nachruf so: Er bleibt mir und ihnen, allgegenwärtig. Nichts ist ausgelöscht. Die Toten umgeben uns. Fügen wir uns dem, denn der Trost ist für uns alle.“ *Franz Becher*

## Wir gratulieren im Januar ...

### ... zum 85. Geburtstag

**Dietlein, Michael**, 05.01.1919  
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd  
**Gafner, Viktoria**, 17.01.1919  
68535 Dingen, KV Nordschwaben  
**Hartung, Albert**, 18.01.1909  
97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön

### zum 80. Geburtstag

**Böhm, Albert**, 05.01.1924  
93053 Regensburg, KV Regensburg  
**Frank, Josef**, 01.01.1924  
63773 Goldbach, KV Untermain  
**Hoier, Friedl**, 26.01.1924  
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach  
**Krebs, Mechtild**, 19.01.1924  
97218 Gerbrunn, KV Würzburg  
**Maresch, Josef**, 21.01.1924  
92421 Schwandorf, KV Schwandorf  
**Schimmel, Anna**, 14.01.1924  
86633 Neuburg a.d. Donau, BV München

### ... zum 75. Geburtstag

**Able, Philomena**, 01.01.1929  
84085 Langquaid, KV Landshut  
**Geenen, Walter**, 11.01.1929  
86356 Neusäß, KV Augsburg  
**Rüger, Georg**, 07.01.1929  
97421 Schweinfurt, KV Main-Rhön  
**Weidendorfer, Hans**, 07.01.1929  
86316 Friedberg, KV Nordschwaben

### ... zum 70. Geburtstag

**Attenberger, Adolf**, 02.01.1934  
94036 Passau, KV Ndb.-Ost  
**Neubeck, Marliese**, 30.01.1934  
83395 Freilassing, KV Traunstein-BGL  
**Welz, Siegfried**, 26.01.1934  
90425 Nürnberg, KV Nürnberg

### ... zum 65. Geburtstag

**Babilon, Aloisia**, 16.01.1939  
93083 Obertraubling, KV Regensburg  
**Hacker, Heinrich**, 04.01.1939  
90419 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Hochmuth, Gisela**, 17.01.1939  
85356 Freising, KV Obb.-Nordwest  
**Ludwig, Rudolf**, 25.01.1939  
84478 Waldkraiburg,  
KV Altötting-Mühldorf  
**Merklein, Ingrid**, 08.01.1939  
94032 Passau, KV Ndb.-Ost  
**Schmidt, Manfred**, 03.01.1939  
91154 Roth, KV Mfr.-Süd

**Weigand, Volkmar**, 18.01.1939  
91074 Herzogenaurach, KV Mfr.-Nord  
**Weiß, Robert**, 18.01.1939  
96047 Bamberg, KV Bamberg-Forchh.

### ... zum 60. Geburtstag

**Egger, Franz**, 07.01.1944  
85221 Dachau, KV Obb.-Nordwest  
**Hutschgau, Jürgen**, 28.01.1944  
96465 Neustadt, KV Ofr.-Nordwest  
**Leopold, Gudrun**, 23.01.1944  
80798 München, BV München  
**Marek, Hans**, 22.01.1944  
85055 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest  
**Multerer, Karl**, 21.01.1944  
83059 Kolbermoor, KV Rosenheim-Miesb.  
**Nowak, Väino**, 04.01.1944  
93138 Lappersdorf, KV Regensburg  
**Schreiber, Klaus**, 18.01.1944  
82234 Weßling, BV München  
**Wawra, Sigrid**, 30.01.1944  
81479 München, BV München

## In den Ruhestand sind gegangen ...

**Baur, Ute**, KV Nürnberg  
**Dziubany, Hermann**, KV Nürnberg  
**Hacker, Heinrich**, KV Nürnberg  
**Hofmann, Günter**, KV Mfr.-Süd  
**Junge, Ursula**, KV Nürnberg  
**Kirchdorffer, Werner**, KV Nürnberg  
**Messelhäußer, Gerd**, KV Mfr.-Nord  
**Nees, Siegfried**, KV Würzburg  
**Palme, Rita**, KV Nürnberg  
**Röhr, Norbert**, KV Würzburg  
**Völker, Horst**, KV Nürnberg  
**Wehrfritz, Helmut**, KV Mfr.-Nord  
**Weidenhammer, Jörg**, KV Ofr.-Nordwest  
**Wiermann, Volker**, BV München

## Termin zum Vormerken

Das Weltethos-Projekt als Wertefundament in der Schule

**Termin:** Samstag, 13. März. 2004  
10.00 – 16.30 Uhr

**Ort:** Berufliche Schule 3,  
Nürnberg

Fachtagung der FG Religion.  
Ausführliche Informationen im  
nächsten Heft der VLB-akzente.

## Kommunale Schulen

### Ausverkauf des Münchner beruflichen Schulwesens?!

Im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung hat der Stadtrat zu Beginn des Jahres 2003 im Bereich der vollzeitschulischen beruflichen Bildung beim bisherigen Angebot einschneidende Kürzungen<sup>1</sup> beschlossen. Damit dem Ruf der „Schulstadt“ München, die ja insbesondere durch ihr berufsbildungspolitisches Engagement bisher großes Ansehen genoss, nicht unerheblicher Schaden zugefügt wird, muss von den Verantwortlichen die kommunale Unterrichts- und Schulentwicklung vor Ort gestärkt werden. Dazu ist es dringend notwendig, ein kommunales und regionales Gesamtbildungskonzept zu entwickeln, das die Bildung vor Ort stärkt – dies unabhängig vom Streit um die gerechte Finanzierung.

Stets bemühen die Bildungspolitiker der bayerischen Landeshauptstadt jene Tradition, die Kerschensteiner vor 100 Jahren als Stadtschulrat grundgelegt hat und die München zu

<sup>1</sup> Drei Beispiele für Kürzungen, bei welchen die Schüler kein Ersatzangebot hatten oder welche die Schüler aus Zeit- und Kostengründen nicht annehmen konnten: An der Fachschule für Elektrotechnik mussten von 400 Bewerbern 240 abgewiesen werden. Von diesen besuchen 80 die Abendschule, für die 160 restlichen gibt es kein Ersatzangebot an öffentlichen Schulen. Der Besuch einer privaten Schule kostet pro Schuljahr ca. 3500.

An der Berufsoberschule für Wirtschaft wurden 135 Schüler – darunter ca. 80 aus München – abgewiesen und vom Ministerialbeauftragten an andere Schulen im Umland verwiesen. Nicht alle konnten jedoch die hohen zusätzlichen Fahrtkosten tragen oder wollten die erheblich längeren Fahrtzeiten in Kauf nehmen.

Das Fremdspracheninstitut der Landeshauptstadt München musste von 360 Bewerbern 210 abweisen, für die nur kostenpflichtige private Alternativen existieren.

einem Vorbild im Bereich der beruflichen Bildung werden ließ. Die noch bis vor kurzer Zeit hohe Attraktivität der Landeshauptstadt als Wirtschaftsstandort gründet nicht zuletzt auf diesem Sachverhalt. Dieses „Kapital“ ist durch die Stadtratbeschlüsse sowie das nicht erkennbare kommunale Gesamtkonzept einer regionalen und kommunalen Schulentwicklung gefährdet. Zur Zeit besteht die Münchner Bildungspolitik nur mehr aus purem Aktionismus der ausschließlich auf die prekäre Haushaltslage reagiert.

Es ist daran zu erinnern: Die bildungspolitischen Reformprojekte der letzten Jahrzehnte – auch die Münchner – hatten das Ziel, eine größere Bildungsgerechtigkeit und die Reduktion der Bildungsbenachteiligung zu erreichen. Die Gleichstellung und die Gleichbehandlung von allgemeiner und beruflicher Bildung, speziell der Ausbau des „Zweiten“ Bildungswegs diene diesem Ziel. Genau diese Errungenschaften stehen jetzt für die Münchner Bildungslandschaft zur Disposition. Durch die Kürzungen im Bildungshaushalt werden jene jungen Menschen im besonderen Maße benachteiligt, die sich für eine Bildungskarriere über den berufsbildenden Sektor entschließen (die also nicht über das Gymnasium ihre Studierfähigkeit erlangen). Das sind jene motivierten Aufsteiger, die die Wirtschaft sucht und braucht. Man findet sie an den Berufs- und den Fachoberschulen, Fachschulen, Meisterschulen und Fachakademien. Diese Schultypen hatte die Stadt München mit guten Gründen vor nicht allzu langer Zeit ausgebaut, sodass die Nachfrage deutlich wuchs. Berufs- und Fachoberschulen sind heute (nicht nur in München) nicht mehr aus dem Bildungswesen wegzudenken. Sie sind zu einem gleichberechtigten Ausbildungsgang (neben dem Gymnasium) zum Erwerb der Hochschulreife (einschließlich Fachhochschulreife)<sup>2</sup> geworden. Es handelt sich also bei ihnen nicht um irgendwelche Zusatzan-

gebote, die als Manövriermasse für prekäre Haushaltsprobleme erhalten können. Nochmals: Sie sind ein unverzichtbarer, notwendiger Grundbestandteil des demokratisch strukturierten Bildungsangebotes. Insbesondere sorgen Berufs- und Fachoberschulen dafür, dass Deutschland im OECD Ländervergleich der Hochschulzugangsberechtigungen pro Jahrgang nicht am Ende der Skala auftaucht (aber trotzdem im unteren Mittelfeld zu finden ist!).

In München wurden die ersten Berufs- und Fachoberschulen Bayerns gegründet. Sie haben auch die Bildungsszene des Landes maßgeblich beeinflusst. Für Stadt und Region haben die berufsbildenden Schulen die Aufgabe hervorragend erfüllt, qualifiziertes Personal für Produktion, Dienstleistung und Studium auszubilden. Seit den 80er Jahren waren es die beruflichen Schulen, auf die die Bildungsinnovationen der Stadt zentriert waren. Konzepte der Schulentwicklung wie der handlungsorientierte Unterricht und die Schulsozialarbeit sowie das Konzept der Produktionsschule wurden hier zuerst entwickelt. Das IT-Konzept der beruflichen Schulen wurde maßgeblich in den weiterführenden beruflichen Schulen entwickelt. Moderne Unterrichtsformen wie Telelearning und Projektarbeit unter Nutzung der neuen Medien wurden in Zusammenarbeit mit europäischen Partnerschulen hier erprobt und weiter entwickelt. Auslandsaustausche von Betriebspraktika wurden hier in großem Umfang durchgeführt, finanziert mit Europamitteln, aber auch zu einem großen Teil mit Fördervereinsmitteln, die durch neue Kooperationsformen mit Praktikumsbetrieben entstanden sind. Der Zugang von nichtdeutschen SchülerInnen zu höheren Bildungseinrichtungen wurde

<sup>2</sup> Im Schuljahr 2000/01 erreichten an den 5 städtischen Fach- und Berufsoberschulen 1600 Schüler die Hochschulreife – davon 320 die fachgebundene und 230 die allgemeine Hochschulreife. An den 14 städtischen Gymnasien erhielten ca. 1100 Schüler die allgemeine Hochschulreife.

hier in viel stärkerem Maße als im Gymnasium durch gezielte Fördermaßnahmen erreicht. Kurz: Die Berufs- und Fachoberschulen als kommunale Schulen haben sich als anpassungsfähig und hochinnovativ bezüglich sich wandelnder wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedarfe und Entwicklungen gezeigt.

Es gilt dieses Potential und diese Qualität unter kommunalem Einfluss zu halten und großstädtische Interessen berücksichtigen zu können. Dazu ist es notwendig, dass sich die Stadt bei der Unterrichts- und Schulentwicklung für ‚alle‘ Schulgattungen wieder engagiert. Der Abbau der Schulbürokratie könnte diesbezüglich Ressourcen freisetzen.

Reformpolitik ist auch in Zeiten knapper Kassen möglich. Konzeptionen auch für weitgehend kostenneutrale bildungspolitische Reformen existieren. Man muss sie nur zur Kenntnis nehmen und eventuell auf die spezifisch kommunale Situation hin transferieren. So beispielsweise das Konzept des regionalen Berufsbildungszentrums, bei dem durch veränderte Strukturen und neue Kooperationen zwischen unterschiedlichen berufsbildenden Schulen, Weiterbildungsträgern verschiedenster Art (Volkshochschule, Kammern usw.) in Stadt und Umland Synergien frei werden (die eventuell auch zu Einsparungen führen). Diesem Ziel würde auch die Gründung eines bildungspolitischen Zweckverbandes von Stadt und Region und Landesregierung nützen. Auch vom Bayerischen Staat bedarf es solider Angebote an die Stadt, die sich nicht in machtpolitischen Kalkülen erschöpfen dürfen. Ein solcher Zweckverband eröffnet hochinteressante Chancen – speziell im berufsbildenden Bereich – um durch nationale und internationale (EU-Mittel) Fördergelder unterstützt zu werden.

Wenn politisches Handeln bedeutet, Realität zu gestalten, dann benötigt man dazu weitblickende Konzepte. Dies trifft besonders in Zeiten finanzieller Engpässe zu. Solche Konzepte liegen, was die städtische Bildungspolitik betrifft, zur Zeit nicht vor. Sie lassen sich weder durch

schlichtes Verwalten noch durch hektische Sparbeschlüsse ersetzen. Das Fehlen von Konzepten provoziert eine phantasielose Ad-hoc-Politik. Dem Bildungsschicksal junger Menschen wird man damit genauso wenig gerecht wie der eigenen innovatorischen bildungspolitischen Vergangenheit. Zumindest kann man perspektivische Überlegungen erwarten, die über die aktuelle Finanzlage hinausragen. Daher fordern wir die politisch Verantwortlichen in Stadt, Staat und Region auf, Konzepte für die Münchner Bildungslandschaft zu erarbeiten.

Das Münchner Forum fordert daher zuallererst: Eine städtische Initiative zur Erstellung eines Bildungskonzeptes.

Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Verantwortlichen in Stadt, Region und Staat sollen sicherstellen, dass unter dem Druck eines gemeinsamen Zweckverbandes die Unterrichts- und Schulentwicklung, sowie der qualitative Ausbau

der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen sowie der Weiterbildung gewährleistet werden.

- Die berufliche Oberstufe ist bedarfsgerecht vor Ort auszubauen und zu erweitern, u.a. damit die in Bayern unterdurchschnittliche „Abiturientenquote“ erhöht wird und der Bedarf der (lokalen) Wirtschaft nach qualifizierten Schulabgängern gedeckt werden kann.
- Die höheren Klassen der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen müssen durch eine qualifizierte Schulentwicklung befähigt werden, außerschulische, betriebliche und informelle Bildungsangebote verstärkt zu nutzen. Denn nur so sind die Weiterbildungsbereitschaft und die Weiterbildungsfähigkeit zu gewährleisten.
- Die bessere Nutzung jener Programme und Projekte, die durch EU-Mittel finanziell unterstützt werden.

*Dr. Siegfried Hummelsberger*

## Leser schreiben

**Zum Redaktionsschluss im November erreichte uns nachfolgender Leserbrief, der indirekt dokumentiert, wie schnelllebig Bildungspolitik heute ist.**

### 2003, die 43te, – eine erfolgreiche Woche für die Bildung der Nation

Selten gab es so viele optimistisch stimmende Nachrichten zur Hebung des Bildungsstandes der Deutschen in so kurzer Zeit und in derart konzentrierter Form. Kaum ist für die gebührenpflichtigen Bildungskanäle des Fernsehens eine PISA-Show annonciert, geistert auch schon die Drohung vom künftigen PISA-Test für Erwachsene durch die Networld – von Ministerin Hohlmeier jedoch postwendend als contra produktiv und teurer gebrandmarkt. Ich meine, es wird Zeit, dass diese Ergebnisse noch gesichert werden, bevor die beiden folgenden Maßnahmen grei-

fen und das Resultat der deutschen Probanden im internationalen Vergleich in nie geahnte Höhen katapultieren. Wenn sich nämlich erst einmal die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Bildung möglicherweise weder auf dem aktuellen Arbeitsmarkt zum sicheren Erfolg verhilft, noch dass sie bei der Alterssicherung in der Rentenberechnung von Bedeutung ist, dann schürt dies gewisse Zweifel, ob der Wert dieser Bildung in einer führenden Wirtschafts nation tatsächlich so hoch geschätzt ist, wie man nicht müde wird zu behaupten.

Kaum sind die bayerischen Landtagswahlen beendet und das neue Kabinett gebildet, stehen Zusagen von vor der Wahl auf dem Prüfstand. So wurde z. B. anlässlich einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung der im BBB organisierten Lehrerverbände versprochen: „Vor der Wahl liegt auf dem Tisch, was mit den Beamten geschieht.“ Was das Weihnachts- und Urlaubsgeld be-

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

**Kompetenz und Erfahrung**

**Versicherungs  
Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34  
97204 Höchberg

## Einschnitte bei Pension und Rente!

Nur wer privat ausreichend vorsorgt, wird seinen Lebensabend wirklich auch "genießen" können.

Je höher private Zusatzeinkommen garantiert sind, um so besser!

**Tip**

Wer den Abschluß einer Lebens- oder Rentenversicherung plant, sollte noch in diesem Jahr abschließen und sich für die gesamte Laufzeit 3,25% Garantiezins sichern.

trifft, so stimmt diese Aussage ebenso wie hinsichtlich der Zielsetzung, dass „Faltlhauser nicht kürzt, wenn die Schülerzahlen sinken.“ Gegenteiliges wurde bis dato nicht bekannt.

Signale aus dem oberbayerischen Kloster Seon bieten dem allgemeinen Trend tapfer Paroli. Demnach sollen Lehrer nicht nur nachmittags die Zöglinge betreuen – in den Berufsschulen eh längst geliebte Praxis – sondern auch in ihrer Arbeitszeit über das in anderen Branchen erreichte Maß angehoben werden. Vorbei also die Zeiten vom Lehrerdasein als „schlauestem Job der Welt“: „Morgens recht und mittags frei“ haben – ursprünglich ganz gewiss nicht aus Jux und Tollerei eingeführt, wie jede/r Fachmann/in im Schlaf beweisen kann – hat keine Konjunktur mehr. Da kann die Qualität der Bildung im Lande ja nur noch steigen, und das bei gleichzeitig angestrebtem Einsparvolumen von 10% – entsprechend 2,5 Mrd. Euro – im Haushalt 2004 gegenüber dem von 2003. Hier erleben wir live und erstmals die gelungene Quadratur des Kreises. Die öffentlichen Kassen werden geschont, die bedeutendste Ressource der notorisch rohstoffarmen Nation Deutschland ist dennoch auf dem besten Weg, einen großen Sprung nach vorne zu tun. Bleibt nur zu hoffen, dass Physis und Psyche der Betroffenen nicht den entgegengesetzten Impuls erhalten, sondern auch in Zukunft noch so vergleichsweise gut mitspielen wie bisher. *Herbert Geiger*

## Für Sie persönlich

### Häusliches Arbeitszimmer für Schulleiter: Vorsorglich Einspruch einlegen

In letzter Zeit ist es immer wieder vorgekommen, dass die steuerliche Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers von Schulleitern seitens der Finanzämter auf Ablehnung gestoßen sind. Sollten Sie als Schulleiter davon betroffen sein, empfiehlt es sich, Einspruch gegen den ablehnenden Bescheid zu erheben.

Vor dem Bundesfinanzhof sind derzeit mehrere Revisionsverfahren anhängig, die teils von unterlegenen Schulleitern, teils von der unterlegenen Finanzverwaltung angestrengt wurden. Eine höchstrichterliche Klärung dieser Fragen steht immer noch aus.

Im Einspruchsschreiben sollte auf die vor dem Bundesfinanzhof anhängigen Revisionsverfahren hingewiesen und das Einverständnis mit dem Ruhen des Einspruchsverfahrens bis zum Erlass der ausstehenden höchstrichterlichen Entscheidungen erklärt werden. Ggf. kann auch auf ein für ein BLLV-Mitglied geführtes Revisionsverfahren, Az. VI R 180/99, verwiesen werden. Diesem liegt ein Urteil des Finanzgerichts Nürnberg, Az. 111 185/98, zugrunde. In diesem Urteil wurde dem klagenden Schulleiter Recht gegeben.

### Autorenverzeichnis:

**Bräunig, Elisabeth / Brosig, Klemens. M.**

FBS, Hartmannstr. 7, 96050 Bamberg, Tel.: 09 51/91 82 40

**Lambl, Wolfgang**

VLB-Dienstrechtsreferent  
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar, Tel.: 0 93 63/52 78

**Pohlmann, Heiko**

VLB-Referent für Lehrerbildung,  
Kapellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: 0 81 41/81 85 24

**Schulter, Berthold**

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitlstr. 66, 80935 München, Tel.: 0 89/38 58 40 84

**Ulbrich, Armin**

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
Albrecht-Achilles-Str. 13,  
90455 Nürnberg, Tel.: 09 11/88 26 86

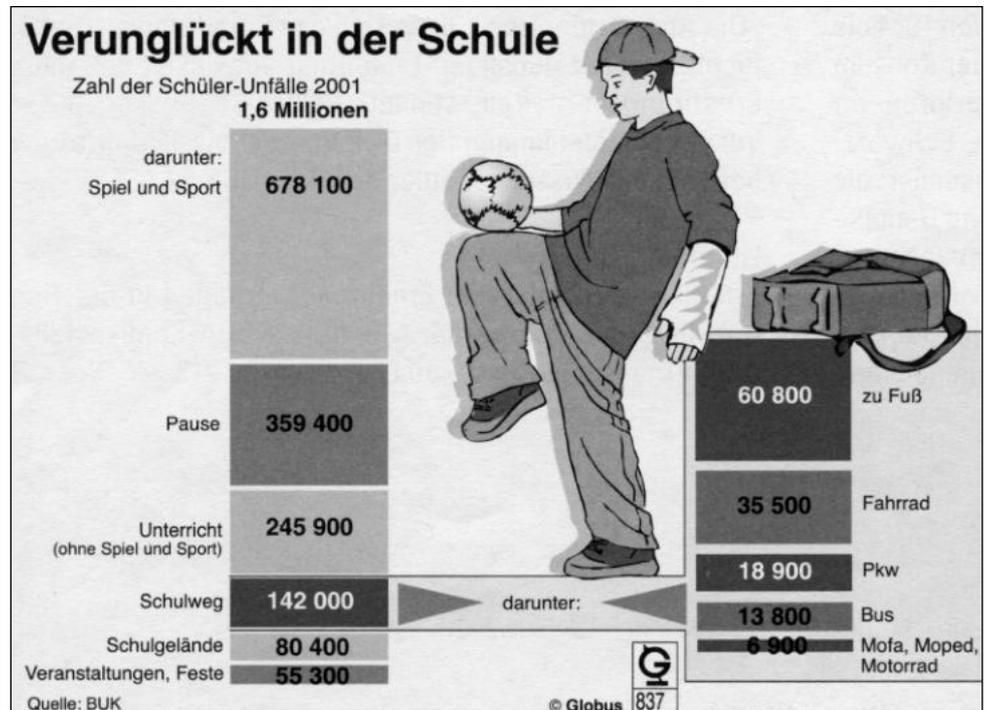
**Weinzierl, Stefan**

VLB-Studentensprecher  
Haslacherstr. 129, 94469 Deggendorf, Tel.: 01 79/7 83 61 44

Nachtrag zu Heft 11/03

**Barmetler, Thomas**

VLB-Referendarsprecher  
Elisabeth-Zellberg-Str. 50,  
87437 Kempten, Tel.: 08 31/8 54 62



Quelle: Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e.V. / Info 9/10 2003

## Gefährlicher Schulweg

In der Schule wird nicht nur gepaukt, sondern auch getobt: Insgesamt 1,6 Millionen Unfälle von Schülerinnen und Schülern registrierte der Bundesverband der Unfallkassen im Jahr 2001. Die meisten Verletzungen ziehen sich die Schülerinnen und Schüler nicht auf dem Schulweg zu, sondern während des Unterrichts und in den Pausen.

Besonders wenn Spiel und Sport auf dem Stundenplan stehen, kann es leicht zu größeren und kleineren Blessuren kommen. Über 678.000 Unfälle ereigneten sich beim Sportunterricht, knapp 60 % davon beim Ballspiel. Auf dem Schulweg ereigneten sich dagegen „nur“ 142.000 Unfälle – also weniger als ein Zehntel aller Schulunfälle. Allerdings verlaufen Unfälle auf dem Schulweg oft wesentlich folgenschwerer als Rangeleien in der Schule: 106 der insgesamt 120 Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland im Jahr 2001 bei Schulunfällen ums Leben kamen, verunglückten auf dem Weg zwischen Wohnung und Schule.

Auch für Kinder erhöhen Eile und Stress im Straßenverkehr die Gefahr von Verkehrsunfällen. Eine Umfrage im Auftrag des Deutschen Verkehrssicherheitsrates ergab, dass 26,3 % der befragten Schulkinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren auf dem Weg zur Schule „häufig“ in Eile waren, 6,3 % „sehr oft“ und weitere 1,3 % sogar „immer“ (DVR, 2000).

Eltern sollten daher darauf achten, ihre Kinder morgens rechtzeitig auf den Schulweg zu schicken. Autofahrer müssen stets mit nicht vorhersehbaren Verhaltensweisen von Kindern rechnen und mit angemessener Geschwindigkeit und bremsbereit fahren – nicht nur vor Schulbeginn um acht Uhr, sondern vor allem auch fünf Minuten später, wenn der Unterricht bereits begonnen hat und die letzten „Nachzügler“ in besonderer Eile ankommen.